

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lühow, 2513.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 12.

Berlin, den 24. März 1912.

13. Jahrgang.

Gedenket der Junggesellen.

Mit Ostern geht die Lehrzeit für Tausende von Lehrlingen des Baugewerbes zu Ende. Sie treten damit in die Reihen der Gesellen ein. Unsere Pflicht ist es darum, schon jetzt an die angehenden Junggesellen heranzutreten und sie für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter zu gewinnen. Wir dürfen da weder zögern noch warten, denn wir sind nicht allein in der Welt, und gewinnen wir sie nicht, na, dann der Gegner, der uns mindestens nicht wohl will.

Auf der Jugend beruht die Zukunft des Verbandes. Sie bildet das verjüngende Element in unseren Reihen, das wir nicht entbehren können. Die Organisation, der der jugendliche Nachwuchs fehlt, ist auf den Aussterbeetat gesetzt. Die Gefahr geistiger Verkümmern tritt hervor, wenn das Feuer der Jugend, der frische Elan, fehlt. Zum guten Klang gehört das weiße Haupt des Greises mit klugem Rat, und die rasche und kraftvolle Tat des Jünglings. Der sicherste Weg zum Erfolg ist gewiß der, wenn wir bereits die Lehrlinge unserer Jugendabteilung zuführen. Der letzte Verbandstag hat hierfür die Wege geebnet.

Bemühen wir uns daher, die Junggesellen unserer Organisation zuzuführen. Wir haben ein Anrecht darauf, daß sie sich dem Verbandsverbande sofort anschließen. Denn die bisher geleistete gewerkschaftliche Arbeit, die schwere Opfer, Sorgen und Mühen erforderte, kommt erst ihnen in vollem Maße zugute. Für sie haben wir gelitten und gestritten, nun sollen auch sie Kämpfer sein. Und sie haben einst die Fahne der christlichen Gewerkschaften kraftvoll aufzunehmen, wenn sie unserer müden Hand entsinkt.

Gedenket der Junggesellen, Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, das rufen wir unseren Mitgliedern am Beginne des Frühjahrs zu.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Burzeit vollzieht sich im Ruhrrevier ein Drama, das die gegensätzlichen gewerkschaftlichen Anschauungen im deutschen Gewerkschaftsleben grell widerspiegelt. Für den Kenner der Dinge bringt es zwar nichts Ueberraschendes, nein, sogar etwas ganz Folgerichtiges. Allerdings liegt diese Folgerichtigkeit nicht im Interesse der Arbeiter, im Gegenteil, sie schädigt sie außerordentlich. Sie ist von ihren sozialdemokratischen Urhebern diktiert aus politischen Interessen verschiedenster Gestalt, unbeeinträchtigt darum, ob's den Arbeitern schadet oder nicht.

Am 10. März haben die drei Bergarbeiterorganisationen, sozialdemokratischer Bergarbeiterverband, Hirsch-Dundersche und polnische Berufsvereinigung — genannt Dreibund — den Generalstreik für die Bergarbeiter des Ruhrreviers erklärt. Der

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter dagegen hat es abgelehnt, sich an dem Streik zu beteiligen.

Vorläufer der Lohnbewegung.

Die diesmalige Lohnbewegung weicht von der im Jahre 1905 erheblich ab. Damals handelte es sich in der Hauptsache um einen Abwehrkampf. Die damaligen Versuche der Grubenbesitzer auf Verlängerung der Seilschicht und damit der Schichtdauer, die Mißstände im Knappschaftswesen und die rigorose Handhabung des Wagnussystems bildeten den Hauptanstoß zum Kampf. Die Lohnfrage trat vollständig in den Hintergrund. Beim diesmaligen Kampf handelt es sich um einen Angriffskampf, in den Vordergrund wurde die Lohnfrage gestellt. Das ist jedoch nicht der Hauptgrund, auf diesen kommen wir weiter unten zu sprechen.

Es ist richtig, daß die Löhne im Bergbau gegen 1907 gesunken, die Lebenshaltung sich dagegen verteuert hat. Im Jahre 1907 betrug der durchschnittliche Jahresverdienst im Ruhrbergbau für einen Häuer 1871 Mk oder 5,98 Mk pro Schicht. Er sank bis 1909 auf 1556 Mk oder 5,33 Mk pro Schicht. Für die Gesamtbelegschaft betrug der Jahresdurchschnittsverdienst in 1907 1562 Mk oder 4,87 Mk pro Schicht, im Jahre 1909 1350 Mk oder 4,49 Mk pro Schicht. Im Jahre 1910 ist der Lohn unwesentlich gestiegen. Sinkende Löhne gegen steigende Lebenskosten mußten natürlich große Unzufriedenheit im Gefolge haben. Bereits im Herbst 1910 ging eine Bewegung nach höheren Löhnen durch die Ruhrbergleute. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter richtete eine Eingabe um eine ausreichende Erhöhung der Löhne und Einsetzung einer paritätischen Kommission zur Untersuchung der Beschwerden gegen den Zwangsarbeitsnachweis an den Zechenverband. Er erhielt eine Antwort, in welcher auf die steigende Tendenz der Löhne hingewiesen wurde. Der sozialdemokratische, polnische und Hirsch-Dundersche Verband forderten außer einer 15 prozentigen Lohnerhöhung die Erhöhung der Knappschaftsleistungen und an Stelle des Zwangsarbeitsnachweises Einführung eines paritätischen Nachweises. Diese Forderungen wurden vom Zechenverband abgelehnt. Ein Durchsetzen dieser Forderungen war der schlechten Konjunktur halber nicht möglich. Der christliche Bergarbeiterverband sah sich schon damals wegen der unehrlichen Haltung des sozialdemokratischen Verbandes und seiner fortwährenden Beschimpfung des christlichen Verbandes, insbesondere seiner leitenden Personen, genötigt, getrennt vorzugehen. Vom Dreibund wurde natürlich die Konjunktur für gut bezeichnet, um dem Gewerkverein verdächtigen zu können. Die fast auf dem Fuße folgenden zahlreichen Feierschichten zeigten, daß der Gewerkverein recht gehabt.

Besserung der Konjunktur.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres machte sich eine Besserung der Konjunktur im Bergbau bemerkbar. Selbstredend wünschten nun die Bergleute Lohnerhöhungen. Diesen Wunsch brachte eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter am 8. Oktober 1911 mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Am 12. Oktober fand eine gemeinschaftliche Sitzung aller vier Bergarbeiterorganisationen statt, die eine Lohnerhöhung zwar für notwendig und auch möglich erklärte, von einer Be-

wegung jedoch Abstand nahm. Grund war die unsichere politische Lage wegen der Marokkowirren, die Bewegung der englischen Bergleute und die bevorstehende Reichstagswahl.

Die Löhne stiegen langsam weiter. Der Durchschnittslohn betrug im vierten Quartal 1911 4,75 Mk für die Gesamtbelegschaft, für den Häuer 5,63 Mk gegen 4,99 bzw. 6,14 Mk im gleichen Quartal 1907. Die Steigerung war ungenügend. Eine höhere Steigerung war möglich infolge des Uebereinkommens des Fiskus mit dem Kohlenyndikat und mit bedeutenden Außenleitern, so daß eine Erhöhung der Kohlenpreise um 80 Pf. pro Tonne mit dem 1. April d. J. vom Syndikat vorgenommen werden konnte. Anscheinend kam es den Zechen in erster Linie auf Verbesserung der Betriebsergebnisse an.

Am 2. und 3. Februar d. J. wurde dann von einigen den Zechenbesitzern nahestehenden Blättern mitgeteilt, daß Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter bevorstünden. Die bessere Konjunktur und die höheren Kohlenpreise ermöglichten das. Auf einigen Zechen wurden auch den Arbeitern dahingehende Mitteilungen gemacht, auch traten bereits Lohnerhöhungen ein.

Einführung der jetzigen Bewegung.

Am 5. Februar d. J. fand auf Einladung des Hirsch-Dunderschen Verbandes, der etwa 3500 Mitglieder zählt, wiederum eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen statt. Der Dreibund regte eine sofortige Lohnbewegung an, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter stimmte nicht zu. Er erklärte, abwarten zu wollen, ob die angekündigten Lohnsteigerungen eintreten würden. Die Zechenbesitzer würden zweifellos mit dem Hinweis auf die gemachten Zugagen und die bereits eingetretenen Lohnsteigerungen die öffentliche Meinung auf ihre Seite ziehen. Ohne eine günstige öffentliche Meinung sei ein Bergarbeiterkampf undenkbar und von vornherein verloren. Würde die Lohnsteigerung eine ungenügende sein, könne man mit um so größerem Nachdruck in eine Bewegung eintreten. Darauf beschloßen die drei Bergarbeiterverbände, allein vorzugehen. Sie richteten eine Eingabe an den Bergbauverein und den Zechenverband, die aber außerordentlich zahm war. Sie baten darin um einen „Ausgleich für die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung“ auf der Grundlage der im vierten Quartal 1907 gezahlten Löhne sowie „einen Ausgleich zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen“. Der Zechenverband antwortete, daß er in der Lohnfrage nicht zuständig sei, er verweise aber auf die bereits seit 1910 eingetretene allgemeine Lohnsteigerung, daß eine weitere Erhöhung infolge der beschlossenen Preissteigerung teilweise bereits erfolgt, teils unmittelbar bevorstehe.

Einen praktischen Erfolg dieser Eingabe wartete der Dreibund nicht ab, er richtete vielmehr am 19. Februar genau präzisierter, aber bedeutend erweiterte Forderungen an die Zechen. Die geforderte Lohnerhöhung betrug 15%.

Warum diese Schwächung?

Zwischen der ersten in sehr höflichem und bittem Ton gehaltenen Eingabe an den Zechen-

band und den späteren scharf erweiterten Forderungen besteht ein großer Unterschied und mußte seine besonderen Gründe haben. Jeder Kenner der Verhältnisse im Ruhrbergbau mußte daran erkennen, daß der sozialdemokratische Bergarbeiterverband ein bestimmtes Ziel verfolgte, und das war der Kampf. Nach den früheren Erfahrungen mußte es als ausgeschlossen erachtet werden, daß die Zechenbesitzer auf Vereinbarungen mit den Organisationen sich einlassen würden. Zudem ersuchte der Dreibund überhaupt nicht um Verhandlungen. Und nun setzte seitens der Leitung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes eine verschärfte Heße ein, die lediglich auf den Kampf gestimmt war. So kam es denn auch schon am 4. März zu Putzchen auf Dortmund Zechen, die nur mit dem Hinweis auf den kurz bevorstehenden allgemeinen Kampf bezwungen werden konnten.

Konnte dieser Kampf mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden?

Diese Frage ist ohne allen Zweifel zu verneinen. Zunächst die Organisationsverhältnisse der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Von 360 000 dort beschäftigten Arbeitern sind etwa 120 000 organisiert, mithin bloß ein Drittel. Jrgendein Verlaß auf die zwei Drittel Unorganisierte war nicht gegeben. Gewiß war das Organisationsverhältnis in 1905 noch ungünstiger. Die damalige Bewegung war jedoch getragen von der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß zahlreiche Stadtverwaltungen und hochstehende Personen weltlichen und geistlichen Standes in 1905 viele Tausende Mark den Streikenden gespendet haben. Daran war jetzt nicht im entferntesten zu denken, da der Kampf eben keine Abwehr war wie in 1905, sondern ein Angriff. Dazu ein Angriff, der bereits begonnen wurde, als es noch nicht bekannt war, ob die Zechenbesitzer ihr gegebenes Versprechen auf Lohnerhöhung einlösen würden. Im Hinblick auf den englischen Streik und die wirtschaftliche Lage Deutschlands, worauf wir noch zu sprechen kommen, konnte er nur noch auf wenige Sympathie rechnen.

Wenn aber trotzdem die Mehrzahl der Unorganisierten die Arbeit niedergelegt hätte? Zunächst muß daran gezwiefelt werden, aber wenn es wirklich eingetreten wäre, mußten sie doch von den Organisationen unterstützt werden. Waren etwa die Mittel dafür vorhanden? Diese Frage muß verneint werden. Sämtliche vier Bergarbeiterverbände haben etwas über 5 Millionen Mark Vermögen. Bei 30000 Streikenden und nur 10 wöchentlichem Unterstufung möge man ausrechnen, wie lange ein Kampf aus den Mitteln der Organisationen bestritten werden könnte. Aber aus allgemeinen Sammlungen? War es schon in 1905, trotz der ungemein günstigen Position und trotz der aus allen Kreisen beigezeichneten Mittel, nur möglich, den Streik einige Wochen über Wasser zu halten, so war das jetzt, wo die Sammlungen sich nur auf Arbeiter erstrecken würden, überhaupt nicht anzunehmen. Was will denn eine oder zwei Millionen Mark Sammelgelder für 300 000 Menschen bedeuten? Doch nur einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein.

Es muß somit gesagt werden, daß weder die organisatorischen, noch finanziellen Vorbedingungen für das Gelingen eines Kampfes gegeben waren. Dazu die fehlende öffentliche Meinung. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hätte sich zum Mitschuldigen an solch trieboltem Beginnen gemacht, hätte er dem Kampf zugestimmt.

Die eigentlichen treibenden Kräfte des Kampfes.

Diese sind beim sozialdemokratischen Bergarbeiterverband in erster Linie in politischen Gründen zu suchen. Während die übrigen sozialdemokratischen Verbände in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte zu verzeichnen haben, hat der sozialdemokratische Bergarbeiterverband in der gleichen Zeit sich 20000 Mitglieder verloren. Im bedeutendsten Industriebezirk Deutschlands — Rheinland und Westfalen — ist die Sozialdemokratie machtlos und mußte beim letzten Wahlkampfe zwei ihrer wichtigsten Wahlkreise, Bochum und Duisburg, verlieren. Bei anders gelagerter politischer Konstellation wäre sie aber leicht in den Rheinischen Industriebezirk zurückgekehrt.

Die in der Partei christlichen Gewerkschaftsbewegung, vor allem in dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Auf

dessen Zertrümmerung hat es die Sozialdemokratie von Anfang seines Bestehens an abgesehen. Es gibt keine christliche Organisation, die in so schmutziger und verbrecherischer Weise bekämpft worden ist, wie der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Wir erinnern an den Schurkenbrief des früheren Vorsitzenden des roten Bergarbeiterverbandes, Müller, an den gewesenen Reichstagsabgeordneten Hue. Diesem wurde in dem Briefe empfohlen, die Mitglieder des Gewerksvereins zu streicheln, seine Führer dagegen vor den Bauch zu treten. „Merkte ihn (Brust) schonungslos unter lebhaftem Bedauern ab.“ Ferner das 30 000-Mark-Flugblatt. Der Verbreiter dieses verbrecherischen Flugblattes sitzt heute noch an der Verbandszentrale des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes. Und dessen Vorsitzender, der Reichstagsabgeordnete Sachse, kannte den Verbreiter dieses „Flugblattes“, tat aber nichts, um den schimpflichsten Vorwurf, den man einem Arbeiterführer machen kann, den der Bestechung, von dem Kollegen Brust zu nehmen, im Gegenteil, er bestärkte ihn noch. Eine schmutzige Bekämpfung, wie sie die Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes über sich ergehen lassen mußten, gibt es ein zweites Mal in der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr, was aber die Fortentwicklung des Gewerksvereins nicht aufhalten konnte.

Eine Zertrümmerung des christlichen Gewerksvereins liegt somit in erster Linie im Interesse der Sozialdemokratie. Es ist auf die verschiedenste Art versucht worden, ihm das „schmerzstillende Halsband“ umzulegen. Nun soll es auf andere Art versucht werden.

Ein weiterer Grund liegt bei den Anarchosozialisten. Es gibt keine sozialdemokratische Presse, die eine radikalere und rohere Sprache führt, wie die des Ruhrreviers. Es gibt auch kein Gewerkschaftsorgan, das es an Perfidie mit der roten Bergarbeiterzeitung aufnehmen könnte. Die Frucht ist eine immer weiter um sich greifende anarchistische Bewegung, die sich im roten Bergarbeiterverband eifrig betätigt, die von einer bereits abgesprengten anarchistischen Gruppe im Dortmunder Bezirk genährt wird. Wenn irgendwo Besonnenheit angebracht ist, dann dem starken Grubenkapital gegenüber. Jeder übertriebene Radikalismus muß da verderblich wirken. Der von der Sozialdemokratie im Ruhrrevier geübte, muß früher oder später zum Anarchismus führen. Wollen die roten Bergarbeiterführer ihn vorläufig bändigen, müssen sie auf seine Generalkstreikideen eingehen. Auch das wird auf die Dauer zwecklos sein.

Ferner: Das politische Massenstreikproblem wird augenblicklich nicht von der Sozialdemokratie erörtert, ist aber nicht tot. Trotz aller Bemühungen ist es ihr nicht gelungen, die Verkehrsarbeiter, vor allem die Eisenbahner, in ihren Machtbereich zu ziehen. Ein politischer Massenstreik hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn mit einem Schlag der ganze Verkehr lahmgelegt werden kann. Die einzige Gruppe, die das Gelingen eines solchen Kampfes noch ermöglichen könnte, sind die Bergarbeiter. Die Kohle ist die Nahrung der Industrie und des Verkehrs. Ihre Abschneidung würde das gewollte sozialdemokratische Ziel wirksam machen.

Der englische Bergarbeiterkampf.

Endlich ist der Streik im Ruhrrevier als ein Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter aufzufassen. Hier muß man folgendes beachten: Am 5. Februar reichte der Dreibund die zähme Forderung an den Zechenverband ein. Am 21. und 22. Februar fand in London eine internationale Konferenz der Bergarbeiter statt, an der Sachse und Witt vom deutschen roten Bergarbeiterverband teilnahmen. Am 21. Februar aber wurden die erweiterten und verschärfsten Forderungen, die den Kampf herausbeschwören mußten, erst an die Zechenbesitzer eingekandt. Aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Vereinbarung hin, die in London getroffen wurde. Von günstiger Wirkung auf den deutschen Streik konnte der englische nicht sein, das wird von den roten Bergarbeiterführern selbst zugegeben, da das Druckmittel auf die Zechenbesitzer, die Abzugsgebiete zu verlieren, fehlte. Natürlich trifft das auch für die Engländer zu, aber das war wohl der Zweck der Übung. Während des Kampfes in 1905 haben die englischen Zechenbesitzer ihre Abzugsgebiete in Deutschland erheblich erweitert. Von 1900 bis 1909 stieg der englische Kohlenexport von 45,10 Mill. Tonnen auf 65,69 Mill. Tonnen. Der Wert des gesteigerten englischen Kohlenexports von 772 Millionen Mark

in 1900 auf 740 Millionen Mark in 1909 zurück. englische Kohle bildet somit die ärgste Schmutzkurrenz für die deutsche. Die an die Engländer verloren gegangenen Absatzgebiete der zurückzueroberten, auch der deutschen Industrie, die auf dem Weltmarkte schärfsten Konkurrenzkampf zu führen hat, Luft zu verschaffen, das mußte die einen deutschen Bergarbeiterstreik gegenwärtigen Moment direkt durchkreuzt werden. Für solche Liebesdienste an Engländer, insbesondere nach den Ereignissen letzten Jahres, die das deutsche Volk aufs tiefste regten und beleidigend waren, besteht wahrlich keine Veranlassung. Trotzdem kommt der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier einem Sympathiestreik für die Engländer gleich, und beruht aller Wahrscheinlichkeit auf Verabredung.

Der Ausbruch des Streiks.

Am 10. März fand in Bochum eine Konferenz des Dreibundes statt, die den Generalkstreik erklärte. 507 Delegierte stimmten für den Streik und 74 gegen, 32 enthielten sich der Stimme. Ein Flugblatt, das den Generalkstreikbeschuß verkündete, schon am Tage vorher gedruckt worden. Der Streikbeschuß folgten am ersten Tage zirka 100 Mann, die sich bis Donnerstag, den 14. März, auf 190 000 steigerten, am Freitag aber schon wieder etwas zurückgingen, am Samstag um rund 18 000. Arbeit wurde unter Kontraktbruch, d. h. ohne Genehmigung der im Bergbau üblichen 14tägigen Kündigung, niedergelegt. Das mußte die Position der Streikenden nur noch mehr verschlechtern. Auf Aufforderung der Zechen an die Streikenden, wer zum 16. März die Arbeit nicht wieder aufgenommen verliere infolge der kündigunglosen Niederlegung Arbeit den Lohn für sechs Tage, erfolgte am 16. Samstag der starke Rückgang der Streikenden. dürfte in den nächsten Tagen anhalten, und ist der Streik damit schon als verloren zu betrachten.

Der Verlauf des Streiks.

Es war von vornherein voranzusehen, daß der stärkste Terror einsetzen würde, um die Arbeitseinstellung der nicht zum Streik Gesonnenen zu zwingen. Nur auf diese Weise war eine allgemeine Arbeitsniederlegung zu erzwingen. So kamen schon am ersten Tag die ärgsten Belästigungen und Tötlichkeiten vor. In Herten i. W. z. B. Beispiel wurde einem Mitglied des christlichen Gewerksvereins ein Auge ausge schlagen. Die Nichtstreikenden mußten wahre Spießruten laufen, insbesondere wurden Frauen und Kinder bei Beschimpfungen und Verhöhnungen verwandt. Häufiger Arbeitenden wurden gestürmt. Die von der Polizei herbeigeordnete Polizeimannschaft war ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen. Sie hatte zahlreiche Angriffe mit Wurfgeschossen aus den Häusern und in den Straßen zu bestehen, auch wurde der Revolver gegen sie gebraucht. Am Mittwoch, 13. März gab es in Hamborn bei einem Straßenkampf den ersten zwei Toten, am Freitag, den 15. März wiederum zwei bei Gelsenkirchen. Am Donnerstag beorderte die Regierung bereits einige Regimenter Militär in das Streikgebiet. Man mag darüber denken, wie man will, und nach unserem Geschnitten ist es sicher nicht, aber die Uebergriffe auf die Nichtstreikenden ließen letzten Endes keinen anderen Ausweg zu. Seitdem ist es erheblich ruhiger geworden. War die zunehmende Arbeitseinstellung auf die Furcht vor den Streikenden zurückzuführen, so ist es die Rückkehr zur Grube auf die erhöhte Sicherheit. Die Zahl der Arbeitenden dürfte unter dem Schutze des Militärs in den nächsten Tagen erheblich vermehren.

Die Haltung der Presse und der Öffentlichkeit.

Die Presse steht mit Ausnahme der linksliberalen durchweg auf Seiten des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter. Von der linksliberalen Presse, die dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband die Stange hält, ist es besonders die, die im Dienste der Börse steht. Jedenfalls hat die Börse ein großes Interesse am Bergarbeiterstreik, so wie er ist, da er unmöglich lang dauern kann, die alten Kohlenvorräte aber so aufgebraucht werden. Die Kurse der Kohlenaktien sind denn auch bereits gestiegen. Durch ihr scheinbares Eintreten für die Bergarbeiter fördert die Börse ihre eigenen Interessen, verpflichtet sich zugleich die Sozialdemokratie zu späteren Gegenleistungen. Die Börse hatte noch immer eine feine Nase, daher auf ihre Unterstützung der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahl.

Die öffentliche Meinung steht fast durchweg auf

Kollegen, leistet der ausgegebenen Parole einer umfassenden und wirksamen Frühjahrsagitation eifrig Folge.

elten der christlichen Bergarbeiter. Ein Beweis dafür, daß man seine Haltung für die allein richtige hält.

Um so mehr tobt die sozialdemokratische Presse. Wir kommen in nächster Nummer eingehend darauf zurück. Ebenso auf die Verhandlungen über den Streik im Reichs- und preussischen Landtag.

Wem gilt der Kampf?

Der Kampf gilt dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, und damit den christlichen Gewerkschaften überhaupt, also auch uns. Wir werden uns dagegen verbündigen. Erste Aufgabe ist jedoch Unterstützung der christlichen Bergarbeiter und ihrer Organisation. Sie müssen unsere ganze Unterstützung erhalten in ihrer bedrängten Lage. Ihre Freiheit ist unsere Freiheit, ihr Untergang ist unser Untergang. Auf die Schanzen darum gegen rote Gewalt Herrschaft und Grausamkeit, für eine wahre christliche Freiheit, für den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.

Allgemeines.

Die Haltung der auf den Zechen beschäftigten christlich organisierten Handwerker zum Streik des Dreibundes. Am Sonntag, den 10. März, tagte in Essen eine Konferenz der auf den Zechen des Ruhrreviers beschäftigten christlich organisierten Handwerker aller Berufe, die sehr gut besucht war und nach Referaten über die Lage der Zechenhandwerker und über die gegenwärtige Situation im Ruhrbergbau, sowie nach einer eingehenden Aussprache folgende Resolution einstimmig annahm: „Die heutige im Lokale zur Stadt Eberfeld in Essen tagende Konferenz der auf den Zechen des Ruhrreviers beschäftigten Handwerker (Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Maler usw.), die von den beteiligten christlichen Berufsverbänden einberufen und von 87 Delegierten von 56 Zechen besucht ist, erklärt einmütig, daß die heutige Lage der im Ruhrbergbau beschäftigten Handwerker keinesfalls ihrer schwierigen und teilweise sehr gefährlichen Arbeit entspricht. Insbesondere sind die Lohnverhältnisse in keiner Weise den erheblich gestiegenen Preisen sämtlicher Lebensbedürfnisse angepaßt. Die Konferenz fordert die Handwerker aller Zehnzweige auf, ihre Wünsche unverzüglich durch die Arbeiterausschüsse den Grubenverwaltungen zu übermitteln. Von den Grubenverwaltungen erwartet die Konferenz, daß sie den durchaus berechtigten Wünschen der Zechenhandwerker Rechnung tragen, daß insbesondere die außergewöhnlich niedrigen Löhne entsprechend erhöht und dem übermäßigen Ueberstundenwesen gesteuert wird. In der gegenwärtigen Lage im Ruhrbergbau erklärt sich die Konferenz einmütig mit der Parole des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter einverstanden und ersucht die Zechenhandwerker dringend, sich nicht von unreifen Elementen zu unüberlegten Schritten hinreißen zu lassen, sondern unbedingt der vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ausgegebenen Parole zu folgen.“

Die Ohnmacht der 110. Eine grobe Enttäuschung erweist in der neuesten Nummer (5) der „Sozialistischen Monatshefte“ „Genosse“ Edmund Fischer allen denen, welche von den 110 „Genossen“, die den Reichstag zieren, störende Taten im Sinne des Sozialismus erwarten. „Genosse“ Fischer bleibt bei diesen 110 nicht stehen, sondern geht noch weiter. Selbst „eine sozialistische Regierung könnte aber, auch wenn sie die große Mehrheit des Volkes hinter sich hätte, augenblicklich an der kapitalistischen Produktionsweise gar nichts ändern. Die sozialistische Produktionsweise kann nur das Resultat einer langen, viele Generationen dauernden Entwicklung sein. Eine sozialistische Regierung könnte diese Entwicklung zwar fördern, aber in der ganzen Zeit, solange die sozialistische die kapitalistische Produktion nicht abgelöst hat, bleibt die kapitalistische Gesellschaft die bürgerliche Gesellschaft trotz sozialistischer Parlaamentsmehrheit und Regierung bestehen, wie es in Australien der Fall ist. Und die sozialistische Regierung müßte bürgerlich, kapitalistisch regieren, d. h. den kapitalistischen Unternehmern alle die Sicherheiten und Garantien bieten, die notwendig sind, um die Betriebe aufrechtzuerhalten. Andernfalls würde die Produktion plötzlich stillstehen, und was dann käme, wäre alles andere, nur nicht eine sozialistische Gesellschaft.“ Aus dem Boden läßt sich keine neue Produktionsform stampfen, sondern nur in langer Arbeit allmählich zur Entfaltung bringen: durch Bildung von Genossenschaften, kommunalen und staatlichen Betrieben usw. Eine andere Auffassung ist unwissenschaftlich und widerspricht jeder evolutionistischen Auffassung.“

Auf Wissenschaft nimmt die Sozialdemokratie, am wenigsten aber in den Wahlzeiten, keine Rücksichten. Dann gilt's, möglichst viele Stimmen und Mandate zu gewinnen. Nun haben die Wähler die Mandate, dem praktischen Sozialismus, dem Sozialismus der Tat, sind sie damit aber keinen Schritt näher gekommen. Vgl. Edmund Fischer in den „Sozialistischen Monatsheften“.

Koalitionsfeindliche Stadtverwaltung. Der Oberbürgermeister Dr. Bender von Breslau bezeichnete in der Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar d. J. die Tatsache des Beitritts der Straßenbahner zur gewerkschaftlichen Organisation als „unanständiges Benehmen“, weil sie längere Zeit vorher einen Revers unterschrieben hatten, daß sie keiner gewerkschaftlichen Organisation beitreten würden. Wir sind der Meinung, daß hier dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Bender eine arge Begriffsverwechslung unterlaufen ist, der § 138 des B. V. besagt: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung übersteigen.“ Hieraus kann die Breslauer Stadtverwaltung jedenfalls ersehen, wo die größere „Unanständigkeit“ liegt. Jedenfalls verstößt der fragliche Revers gegen den Sinn und Inhalt des vorgenannten Paragraphen. Weiß man doch zur Genüge, was den Leuten geblüht hätte, wenn sie es wagten, die Unterschrift zu verweigern: sie hätten ihre Existenz aufs Spiel gesetzt. Wenn unter solchen Umständen die Unterschrift eines Reverses verlangt wird, so ist solches eine Ausbeutung der Notlage der Betroffenen und deshalb gegen die guten Sitten verstößend. Daß so etwas in einem kommunalen Betriebe möglich sein kann, sollte man kaum für möglich halten. Und wenn die Angestellten, nachdem sie eingesehen hatten, daß sie auf anderem Wege als durch Anschluß an eine gewerkschaftliche Organisation eine Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht erreichten, den anderen Schritt taten und sich organisierten, so kann der Herr Oberbürgermeister dieses immerhin als unanständig bezeichnen. Sozial empfindende Menschen werden darüber anders denken.

Vom Erfolg der Gewerkschaftsarbeit. Es gibt Arbeiter, die ihr Fernbleiben von der Organisation mit dem Einwand entschuldigen möchten, es müße doch nichts. Wie grundsätzlich das ist, wird durch die offensichtlichen Erfolge der Gewerkschaften am besten nachgewiesen; die Jahresberichte der Berufsverbände reden da eine deutliche Sprache. In einer Uebersicht über seine Lohnbewegungen im Jahre 1911 kann der christliche Keram- und Steinarbeiter-Verband berichten, daß von insgesamt 47 Lohnbewegungen 42 mit Erfolg für die Arbeiter endeten. In 13 Fällen war ein voller, in 29 Fällen ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen. Bemerkenswert dabei ist, daß 38 Bewegungen einen friedlichen Verlauf nahmen. Durch die erfolgreichen Bewegungen wurden für 3157 Arbeiter Lohnserhöhungen von 0,50 M bis 6,- M pro Woche erzielt, was insgesamt 4446,50 M Mehrverdienst pro Woche für die beteiligten Arbeiter ausmacht. Ferner wurden noch angekündigte Lohnabzüge durch die Organisation abgewehrt, und zwar für 393 Arbeiter im Gesamtbetrag von 1503 M pro Woche. Dabei sind diese Ziffern noch nicht vollständig, in vielen Fällen ist der tatsächliche Erfolg gar nicht in Zahlen festzulegen. Ungefähr die Hälfte der Mitglieder des genannten Verbandes haben an den hier erwähnten materiellen Errungenschaften teilgenommen.

Sozialdemokratische Uniform. Der rote Schwanz als Kennzeichen des wachsenden „Genossen“ ist unzureichend, eine ganze Uniform wollen sie haben, die sie von dem bürgerlichen Plebs unterscheiden. Ein Schweizer Genosse macht im Baseler „Vorwärts“ folgenden Vorschlag: „Genossen, arbeitet an der Vereinheitlichung des Anzuges! Wäre es nicht imponant, wenn sich der Genosse aus eigener Geschmackskraft eine Kleiderordnung gäbe, die seiner Lebensführung entspräche und ein Symbol seiner Eigenart wäre? So gut die Gesellschaft imstande ist, die Mode, deren allgemainer Umriß heute Gemeingut ist, zur Eleganz zu nuancieren, so gut könnte die Klasse sie zu etwas Höherem steigern, zu einem Stile der Zeit, des Volkes.“ Wir können uns auch der Ansicht nicht verschließen, daß es imponant wäre, wenn die Genossen in Uniform antreten würden, besonders bei Demonstrationen. Natürlich dürfte sie der Uniform eines preussischen Soldaten nicht ähnlich sein. Wir schlagen vor: Rote Salbottmähe — die seither leider doch nur symbolische Bedeutung hatte — rote Humpfen, ähnlich wie sie die Juaven tragen, die rote Kravatte wird selbstverständlich beibehalten. Ob aber die Salbottmähe a la Dr. Sidelum — so fragen wir zweifelnd mit der „Germania“ — geneigt sein würden, sich einer Kleiderordnung zu fügen, die ein Symbol der Eigenart der Genossen“ wäre, will uns zweifelhaft erscheinen. Vielleicht mag aber für sozialdemokratische Uniformen begeisterte Genosse nähere Andeutungen darüber, wie er sich die sozialdemokratische Uniform denkt.

Verbächtigungen der christlichen Gewerkschaften durch die Gelben. Der Hauptausdruck zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine (einer mehr politischen Spielart der gelben Vereine) veröffentlicht in Unternehmerorganen, u. a. in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 9, 1912, eine Erklärung gegen Herrn Pastor Richter in Königswalde, weil er gegen die gelben und für die selbständigen Gewerkschaften eintritt. In der Erklärung lautet auch folgende Verbächtigung der christlichen Gewerkschaften mit unter:

„Unsere nationalen, wirtschaftsrechtlichen Arbeitervereine sind aber gerade auch deshalb entstanden, weil die genannten beiden (christlichen und Hirsch-Dunckerschen) Gewerkschaften mit der internationalen Umsturzpartei auch in Klassenkampf Fragen Hand in Hand gegangen und deshalb ungeeignet sind für unbedingt national gezielte Arbeiter, die in Frieden mit ihren Arbeitgeber leben wollen.“

Gegen den von gelben Wortführern häufig erhobenen Vorwurf, daß sie in nationaler Beziehung nicht zuverlässig wären, brauchen sich die christlichen Gewerkschaften nicht zu verteidigen, ihre Tätigkeit und ganze Haltung im öffentlichen Leben besagt das Gegenteil. Mit dieser Hunderttausende vaterländischer Arbeiter verlegenden Behauptung versuchen die gelben Wortführer ihrer unnatürlichen Gründung einen Schein von Berechtigung zu geben, ihr Dasein gewissermaßen zu entschuldigen. Das ist jedoch nur eine Vorpiegelung falscher Tatsachen, eine Irreführung der öffentlichen Meinung, die entschiedenste Zurückweisung verdient. Die gelbe Behauptung ist nicht entstanden, weil keine national-zureichenden Arbeiterorganisationen vorhanden waren, sondern um im Interesse des Unternehmertums gegen die selbständige Arbeiterbewegung ausgepielt zu werden. Das weiß heute jeder, der die Arbeiterbewegung nur oberflächlich kennt, und an dieser Tatsache können auch falsche Behauptungen nichts ändern. Und wir kennen Fälle, wo man christliche Gewerkschaftsführer zur Hilfe anrief gegen die Gelben, die sonst jaht und jonders rot gewählt hätten.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Essen (Hiesler) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiter des Zwischenmeisters Seifer, Köln, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Lüdinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Gollantsch (Sperre über Pawlisch) wegen Wagregelung, Herne i. Westf. (gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger.) Zugang ist fernzubekommen.

Bezirk Frankfurt a. M.
Frankfurt a. M. Am Tunnelbau zu Schlächters legten am 4. d. M. die bei der Firma Grün u. Büfinger beschäftigten Maurer und Schleppler die Arbeit nieder. Der Grund ist in erster Linie in der schlechten Behandlung und in dem dort üblichen Antreibesystem zu suchen. Als nun am letzten Vohntage jedem Arbeiter auch noch eine Strafe von 50 Pf. für angeblich zu viel verbrauchtes Werkzeug auferlegt wurde, kam der lang verhaltene Groll in der Arbeitseinstellung zum Ausbruch. Obwohl der weit aus größte Teil der Arbeiter unorganisiert war, wurde die Arbeit einstimmig niedergelegt. Verhandlungen, die zwischen dem Vertreter der Firma und den Arbeiterorganisationen gepflogen wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die über die Firma verhängte Sperre bleibt bis auf weiteres bestehen und wird vor Zugang gewarnt.

Bezirk Köln.
Düsseldorf. (Abschluß eines neuen Zimmerervertrages.) Der alte Tarif für das Zimmerergewerbe, welcher mit der Zimmermeister-Zwangsinnung abgeschlossen war, läuft am 31. März d. J. ab. Die vertragsschließenden Parteien traten daher am 27. Februar zur Beratung eines neuen Vertrages zusammen. Die Meister hegten nun den Wunsch, daß man den alten Vertrag verlängern möge, bis zum Ablauf des allgemeinen Vertrages für das gesamte Baugewerbe. Sie hegten nämlich die Befürchtung, daß sie dann doch trotz des Vertrages in Mitleidenschaft gezogen würden. Man einigte sich dann aber auf eine dreijährige Vertragsdauer. In den nächsten Sitzungen, welche am 4. und 12. März stattfanden, kam es zum Vertragsabschluss. Die wichtigsten Punkte sind Lohnfrage und Arbeitszeit, welche wie folgt festgesetzt wurden. Der Stundenlohn im Stadtkreis Düsseldorf beträgt ab 1. April 1912 70 Pf. (früher 68 Pf.), ab 1. August 1912 71 Pf., ab 1. April 1913 74 Pf. und vom 1. April 1914 76 Pf. Im Landkreis Düsseldorf beträgt der Stundenlohn ab 1. April 1912 68 Pf. (früher 63 Pf.), ab 1. August 1912 69 Pf., ab 1. April 1913 72 Pf. und vom 1. April 1914 bis zum Ablauf des Vertrages 74 Pf. Die Meister der Landorte haben sich zwar sehr gegen diese Erhöhung gestraubt, jedoch mußte diese schmerzliche Operation der Annäherung an die Stadtlöhne einmal kommen. Ist es doch ein Interessengebiet, und abgesehen von den Mieten sind die Lebensmittelpreise in den Landorten teurer, als in der Stadt. Die Arbeitszeit wird vom 15. März 1913 von 9 1/2 auf 9 Stunden gekürzt. Im übrigen lehnt sich das neue Vertragsmuster an das alte bestehende an. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. März 1916. Somit haben die Zimmerer wieder einen kräftigen Schritt vorwärts getan. Mögen sie die Erfolge durch eifrige Agitation für die Organisation auszunutzen suchen.
Laasphe (Kreis Wittgenstein). Die hiesigen Maurer und Hilfsarbeiter schlossen sich im Herbst vorigen Jahres fast sämtlich unserem Verbands an. Da die Lohnverhältnisse hier im Vergleich zu denen in der Umgegend noch sehr schlecht sind, beschloßen die Kollegen, ihren

Arbeitgebern Lohnforderungen zu unterbreiten. Seitens der Unternehmer blieben die Forderungen unbeantwortet. Der Unternehmer Bomsch erklärte unserem Verbandsvertreter, eine Lohnhöhung nicht zahlen zu können, während der andere Arbeitgeber noch nicht nur keine Lohnhöhung zahlen will, sondern auch die Organisation auszurollen gedenkt. Koch hat alle Leute, welche das Verbrechen begangen haben, sich unserem Verbandsangehörigen, in diesem Frühjahr nicht wieder eingestellt. Dabei handelt es sich um Kollegen, die zum Teil 20 Jahre im Dienste dieses Unternehmers gestanden haben. Da die Bautätigkeit hier gegenwärtig noch schlecht ist, müßten wir vorläufig von weiteren Maßnahmen Abstand nehmen. Unsere Kollegen haben anderweitig Arbeit gefunden und zeigen keine Lust, sich das Koalitionsrecht rauben zu lassen. Bei der nächsten Gelegenheit wird auch mit dem Saasphor Bauunternehmer darüber geredet werden, daß diese, neben Anerkennung der Arbeiterrechte, auch den Beschäftigten entsprechende Lohnhöhungen zugesprochen müssen. Unsere Kollegen im Gebiet der Verwaltungshilfe Siegen bitten wir, in Saasphor keine Arbeit anzunehmen, insbesondere die Bauarbeiter der Kreise Biedenkopf und Wittgenstein mögen solange fernbleiben, bis hier bessere Zustände eingetreten sind.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Königsberg i. Pr. Zur Vorbedingung einer besseren Lebenslage der Arbeiterklasse gehört in erster Linie eine gute Konjunktur und Nachfrage nach Arbeitskräften. Im Anfang des abgelaufenen Geschäftsjahres war letzteres allerdings im hiesigen Bezirk nicht der Fall. Außer Danzig und Joppot, wo die Konjunktur gleich im Vorfrühling einsetzte, war in den übrigen Orten die Bautätigkeit bis gegen Ende April, ja in einzelnen Orten sogar bis Pfingsten eine schlechte. Alsdann setzte in Königsberg die Bautätigkeit ein und hielt auch das ganze Jahr über an, so daß es zeitweilig an Arbeitskräften mangelte. In Danzig dagegen flaute es gegen Herbst etwas, ebenso in Joppot schon im Sommer während der Wadeseison ab. Allenstein hatte bis zum Hochsommer einigermaßen zu tun, so daß wenigstens zum großen Teil die einheimischen Kollegen Beschäftigung fanden. Gegen Herbst mußte aber auch von diesen ein großer Teil Beschäftigung in der Provinz, besonders in Königsberg, suchen. Von den kleineren Städten ist noch Braunsberg zu erwähnen, wo bis zum Herbst hinwäs ebenso eine gute Bautätigkeit vorhanden war, was unsere dortigen Kollegen auch auszunutzen, um ihre Reihen zu stärken. In allen übrigen Orten war die Konjunktur zum größten Teil sehr schlecht, so daß schon im Hochsommer die Kollegen anderweitig Arbeit suchen mußten, die sie auch genügend vorfinden. Gerade schon in den beiden vorhergehenden Jahresberichten über den überwiegend großen Wohnungsmangel in Königsberg geklagt, so zeigte sich dieser in diesem Jahre noch bedeutend. Am 1. Oktober v. J. waren 178 Familien ohne Wohnung. Diese mußten dazu in den elendesten Löhern, gesundheitswidrigen Höhlen, in alten, zerfallenen Kellern untergebracht werden. Die jeder fräut sich, dieses jammervolle, elende Bild hier wiederzugeben. Daß dieser Wohnungsmangel natürlich die Hauswirte auf den Plan gerufen hat, um die Mieten bis ins Unermessliche in die Höhe zu jähren, versteht sich von selbst. Im Dezember 1910 gab es nach Angabe des statistischen Amtes der Stadt nur 0,20 Prozent leerstehende Wohnungen, also von 1000 Wohnungen nur zwei, welche besetzt waren. Die Durchschnittsmieten für Wohnungen mit einem Zimmer, Kabinett und Küche stiegen von 1905 bis 1910 von 220 auf durchschnittlich 242 M. Diejenigen von zwei Zimmern mit Küche und ohne Kabinett in derselben Zeit von 422 auf 507 M. Dem schon im Jahre 1904 von Statistischem Amt der Stadt festgestellt wurde, daß bei Wohnungen von einem bis zwei Zimmern Königsberg die drittbeste Stadt sei, so trifft dieses auch heute noch zu. Die Wirtschaft der Bevölkerung haben dann auch endlich Gehör gefunden, und ist man seit dem Vorjahre datangegangen, die Bautätigkeit zu fördern. So hat eine Stadverordnetenversammlung am 11. Oktober v. J. beschlossen, die Baugewerkschaften, ebenso Privat-Bauunternehmer, welche Kleinwohnungen bis zu zwei Zimmern und Küche errichten wollen, die Straßen-Anliegerbeiträge, die sie der Stadt schulden, nicht mit einem Male, sondern in Form von Jahresraten entrichten zu lassen. Weiter hat die Stadt eine 5-Millionen-Markleihe aufgenommen, um den Bauunternehmern bis zu 20 Prozent zu belihen; hierdurch hofft man, der Wohnungsmangel für die Zukunft ein Ende zu machen. Weiter hat die Bautätigkeit besonders wegen der Entsefung des durch Anlage neuer Straßenwege.

Mit dem 1. April ist im Bezirk eine Veränderung eingetreten, indem der Bezirk Danzig mit dem Bezirk Königsberg zusammengelegt wurde, mit dem Sitz in Königsberg. Im letzteren Orte wurde die Stelle des Stellvertreters mit dem Kollegen Barck, früher Gotha, besetzt, nachdem derselbe ein Jahr verwaist gewesen war.

Kollege Barck ist am 1. Januar d. J. wieder aus diesem Orte geschieden, indem er das neu errichtete Arbeiterheim der evangelischen Arbeitervereine Ostpreußens übernahm. Möge es ihm vergönnt sein, in seiner neuen Stellung die Interessen der christlichen Gewerkschaftsbewegung immer mehr und mehr zu vertritt. In Folge des Kollegen Barck trat der Kollege Liebzig aus Danzig. In Danzig wurde mit dem 1. März v. J. der langjährige Verwaltungshilfs-Kassierer Kollege Koster von der hiesigen Verwaltungshilfe mit Genehmigung des Zentralverbandes ausgeschiedt. Tropdem die Konjunktur in Allenstein zurückgegangen war, machte die Bauwirtschaft nach einer vorübergehenden Krise immer mehr und mehr Fortschritte. Der Zentralverband wurde am 1. April v. J. in Allenstein gegründet, was ein großer Erfolg für die Arbeiterklasse ist. Der Bezirk besteht aus 22 Verwaltungshilfen mit 36 Zahlstellen in 17 Orten.

Die Mitgliederzahl am Jahresluß 1910 betrug 1856; dieselbe betrug sich in den einzelnen Quartalen des Berichtsjahres wie folgt: 1. Quartal 1971, 2. Quartal 2212, 3. Quartal 2391 und am Schluß des 4. Quartals 2220. Im Jahresdurchschnitt beträgt die Mitgliederzahl 2227. Dieses bedeutet — legen wir das 4. Quartal zugrunde — ein Mehr von 364 Mitgliedern. Zieht man dagegen die Zahl der verlaufenen Eintrittsmarken heran, so ergibt sich eine große Fluktuation. Eintrittsmarken wurden verkauft im 1. Quartal 307, im zweiten 516, im dritten 360 und im vierten 239, zusammen 1522. Hierzu kommen noch 83 Uebertritte mit vollen Rechten aus den sozialdemokratischen Verbänden, was eine Gesamtzahl von 1605 neuen Mitgliedern ergibt. Der wirkliche Zuwachs beträgt allerdings, wenn man das 4. Quartal zugrunde legt, nur 364, was natürlich nicht ausschlaggebend sein kann, weil ein Teil der Mitglieder immer mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt. Aber nehmen wir das 3. Quartal mit 2391 Mitgliedern an, so ergibt sich ein Zuwachs von 535, also genau ein Drittel der Neugewonnenen. Hiervon entfällt der Löwenanteil auf die Verwaltungshilfe Danzig. Diese große Fluktuation muß unbedingt in der Zukunft vermindert werden, was vor allen Dingen unsere Vorstandsmitglieder sehr beachten wollen. Diese Kritik geschieht deshalb, damit wir wissen, wo in der Zukunft der Hebel angegriffen werden muß, um unsere Reihen zu stärken. Die Mitgliederzunahme wäre allerdings eine viel größere, wenn der Terrorismus in Königsberg von seiten der sozialdemokratischen Verbände nicht Formen angenommen hätte, wie sie kaum noch zu beschreiben sind. Bei der Bücherrevision auf den Arbeitsplätzen will man sich mit Gewalt die Bücher unserer Mitglieder wegnemen, und es ist daher leicht zu begreifen, daß viele aus Angstlichkeit ihre Bücher abgeben, obwohl sie im Innern zu unserer Bewegung stehen. Dstmalis fühlt man sich in einen sozialdemokratischen Zwangsstaat versetzt. Fragen wir solche Kollegen, warum sie nicht mehr Mitglied unserer Organisation seien, dann bekommt man ohne Ausnahme zur Antwort: „Es ist ja sonst nicht zum Aushalten auf der Baustelle, und man will doch Ruhe haben.“ Das sind also die vielen Mitglieder, welche die Genossen haben, sie werden gezwungen, gegen ihren Willen dort Beiträge zu bezahlen. Die Unbühlichkeit der Genossen kennt eben keine Grenzen. Auch die Genossen von Königsberg werden sich, trotz aller Lügen und Verleumdungen, welche sie über unsere Organisation austreuen, um sie zu vernichten, damit abfinden müssen, daß sie in der kommenden Zeit keine Gewalt Herrschaft über die Königsberger Bauarbeiter ausüben können.

Neugegründet wurden die Verwaltungshilfen Mehlsack, Friedland (Ostpr.), Eranz und Luchel (Westpr.), letztere von Kollegen Müller-Pojen, sowie in Ostpreußen die Zahlstelle Curau. Von der Agitationskommission in Danzig wurden die Zahlstellen Krauß, Schönwarling, Kirchhaus, Berent und Gr. Komorok gegründet. In 23 Orten wurden Bezüge zwecks Gründung von Zahl- resp. Verwaltungshilfen gemacht. In den Orten, wo es nicht zur Gründung kam, ist Vorarbeit geleistet für die Frühjahrtagung. Eine Verwaltungshilfe in Czest ist eingegangen. Marienburg, welches seit zwei Jahren ein beschiedenes Dasein fristete, wurde durch die Agitation neu belebt und eine Anzahl Mitglieder gewonnen. Es heißt die Hoffnung, daß hier bald wieder reges, gewerkschaftliches Leben herrscht. Außer dem Danziger Agitationskomitee waren noch die Vorsitzenden von Tapien und Braunsberg, der Kassierer von Heilsberg, sowie der Lokalbeamte von Allenstein mit in der Außenagitation beschäftigt.

Auch in ideeller und kultureller Hinsicht ist manches besser geworden. Die geistige Bildung des Arbeiterstandes nimmt erfreulicherweise auch in den ost- und westpreussischen Gebieten immer mehr und mehr ihren Fortgang. Es ist nur Frauen zu konstatieren, wie ein großer Teil von unseren Mitgliedern auch Vorträge nach der bildenden Seite hin aufmerksam verfolgt. Dieses hat zur Folge, daß auch der Alkoholgenuß, worüber in den letzten Jahren viel geklagt worden mußte, abnimmt. Ein Teil von unseren Verwaltungs- und Zahlstellen hält seine Versammlungen in gemieteten Räumen, wo kein Trinkzwang herrscht, ab. Es wäre zu wünschen, daß dieses System immer mehr und mehr durchgeföhrt würde.

Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung sind im Berichtsjahre, von einem Fall abgesehen, nicht vorgekommen. Die Kassierposten sind auch bei den letzten Generalversammlungen fast überall in denselben Händen geblieben wie im Vorjahre.

Da fast überall im Jahre 1910 Tarifverträge abgeschlossen waren, so bestehen nur wenige Orte, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geregelt sind. Es wurden daher auch nur drei Lohnbewegungen geführt, und zwar in Landsberg (Ostpr.), Tapien und Joppot. In Landsberg wurde der Grundlohn für M- und J- von 28-30 Pf. auf 46 Pf. erhöht. In Tapien von 42-45 Pf. auf 50 Pf. In Joppot stieg der Lohn der Maurer von 54 auf 58 Pf., der Zimmerer von 52 auf 56 Pf. und der Kleiberer von 39 auf 44 Pf. pro Stunde. Außerdem wurde in Landsberg und Tapien die Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde verkürzt. In letzterem Orte kam es zu einem zweitäglichen Streik. Alle drei Bewegungen, an welcher 362 Mitglieder beteiligt waren, endeten mit Abschluß von schriftlichen Verträgen, laufend bis zum 31. März 1913.

Einen besonderen Erfolg hatten unsere Joppoter Kollegen bei der dortigen städtischen Bauverwaltung. Schon jahrelang nagten die Bauarbeiter, daß der Magistrat seine Handwerker und Arbeiter viel billiger entlohne als die Privatunternehmer. Als dann am 1. April der neue Tarifvertrag abgeschlossen war, reichten unsere Kollegen diese tariflichen Vereinbarungen auch bei dem Magistrat zur Anerkennung derselben ein. Als die Bauverwaltung kein Entgegenkommen zeigte, wurde die Arbeiterklasse zum Streik eingeladen. Die Folge hatte, daß nunmehr ein Tarifvertrag zwischen der Bauverwaltung und den Bauarbeitern abgeschlossen wurde, nachdem man zwei Stunden verhandelt hatte, wurden

die tariflichen Bestimmungen anerkannt. Unsere Kollegen erreichten dadurch für die Zimmerer eine Lohnhöhung von 3 Pf. und die Arbeiter eine solche von 7 Pf., jedenfalls ein schöner Erfolg unserer Organisation. Damit die Verträge überall eingehalten würden, waren verschiedene Baupersonen notwendig, so in Neuteich für unsere Schöneberger Kollegen, in Langfuhr und Allenstein. In Allenstein glaubte ein Teil der Unternehmer immer noch sich um die tariflichen Bestimmungen drücken zu können. Es ist diesen Herren jedoch jedesmal klar gemacht, daß der Vertrag nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch innegehalten werden muß.

Die meisten Streitigkeiten, welche um die Durchführung der Verträge entstanden, konnten durch Verhandlungen in den Schlichtungskommissionen resp. durch persönliches Vorkommwerden bei den Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände in beiderseitigem Interesse erledigt werden. Den Schlichtungskommissionen wurden im ganzen 38 Streitfälle unterbreitet, davon vier durch die Arbeitgeber und 34 von unserer Organisation, welche in 23 Sitzungen verhandelt wurden. In sechs Fällen mußte die zweite Instanz angerufen werden.

Im allgemeinen muß anerkannt werden, daß die leitenden Personen der Arbeitgeberverbände sich Mühe geben, daß die Verträge generell durchgeföhrt werden.

Bezüglich des Verhältnisses zu den konfessionellen Arbeitervereinen ist eine Aenderung nicht eingetreten. Wie bekannt, besteht in der Diözese Ermland die Bestimmung in der katholischen Arbeitervereinsbewegung. Vor wie nach sieht diese in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihren Feind. Eine traurige Erscheinung, welche nur derjenige richtig zu würdigen versteht, welcher unter solchen Verhältnissen arbeiten muß. Vieles könnte durch gemeinsame Arbeit erreicht werden, sowohl in den katholischen wie in den überwiegend protestantischen Bezirken. Viele Arbeiter könnten dadurch der Sozialdemokratie entzogen werden. Denn die Arbeiterklasse fühlt sich heute nur dahin gezogen, wo sie in erster Linie wirtschaftliche Vorteile zu erwarten hat, und je mehr die Tarifverträge an Ausdehnung gewinnen, je mehr tritt dieses in die Erscheinung. Und hier sind es nur die christlichen Gewerkschaften, welche da bahnbrechend vorgehen. So tobt ein häßlicher Kampf zwischen Arbeitern, die zusammenstehen sollten, derweil macht die Sozialdemokratie ihre Geschäfte. Wie lange noch, so fragt sich mancher hier oben im fernen Osten, wird dieses traurige Schauspiel noch anhalten? In Westpreußen dagegen arbeiten die katholischen Arbeitervereine mit den christlichen Gewerkschaften Hand in Hand, und beide marschieren voran, zum großen Verdruß der Sozialdemokratie und ihrer „freien“ Gewerkschaften. Die evangelischen Arbeitervereine Ostpreußens legen nach wie vor die größte Sympathie für unsere Bewegung. Dasselbe kann auch von Westpreußen gesagt werden, wenn auch dort etwas mehr Zurückhaltung geübt wird.

Ueber das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften braucht nichts weiter gesagt zu werden, da anfänglich schon die Königsberger Verhältnisse geschildert wurden. Nicht so schlimm wie in Königsberg geht es in Danzig zu. Dieses liegt aber nicht etwa daran, daß die dortigen Genossen weniger radikal sind, als die Königsberger, sondern weil unsere Danziger Kollegen den Genossen gegenüber sich besser zu verteidigen wissen.

Der Versammlungsbesuch ist, im Durchschnitt genommen, nicht befriedigend. Hier muß unbedingt eine Besserung eintreten. Die Kollegen glauben eben, es besteht ein Tarifvertrag und da sei der Versammlungsbesuch überflüssig. Die Kollegen sollten aber bedenken, daß gerade in Friedenszeiten für die Zeiten des Kampfes vorgearbeitet werden muß.

In einzelnen kleineren Orten werden auch unserer Organisation in der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes von den Polizeiorganen oftmals die größten Schwierigkeiten gemacht. In Mehlsack erließ zum Beispiel der dortige Herr Bürgermeister Schwarz nach folgenden Akt an den Wirt, wo wir unsere Versammlungen abhielten:

Die Polizeiverwaltung Mehlsack, den 19. Juni 1911.
J. N. 1676. I
Urschriftlich
an
Herrn Kaufmann Rodel
mit der Warnung, fortan Versammlungen in Ihrem Lokale zu gestatten, oder gar wieder zu veranstalten, da wir rücksichtslos mit Strafen gegen Sie vorgehen werden.
gez. Schwarz.

Gegen diesen „Erlaß“ wurde natürlich von unserer Seite Beschwerde beim königlichen Landratsamt in Braunsberg geführt und traf dann auch folgendes Schreiben ein:

„Braunsberg, den 30. Juni 1911.
4204 P.

Auf Ihre Beschwerde vom 24. Juni d. J. wird die Verfügung der Polizeiverwaltung Mehlsack vom 19. Juni d. J. hiermit aufgehoben.

Hiermit hatte ich jedoch der Herr Bürgermeister noch nicht begnügt, sondern auch noch ein Strafverfahren gegen den Bezirksleiter wegen widerrechtlicher Abhaltung von Versammlungen beantragt. Natürlich hat der Staatsanwalt die Akten darüber dem Papierkorb einverleibt. Ähnliche Dinge passierten uns in vielen anderen Orten.

Der Verkehr des Bezirksleiters mit den Verwaltungs- und Zahlstellen war in diesem Jahre besonders groß. Versammlungen wurden 112 abgehalten, Vorstands-, Kassen-, und Baudelegiertenversammlungen 59, Bauteilbesprechungen 11, Bauteiltagungen 12, Kartelltagungen 7, Besprechungen und Sitzungen mit anderen Berufen 6, Kassenrevision 25, Sitzungen in konfessionellen Vereinen 16. Ferner fanden 19 Sitzungen mit den Arbeitgeberverbänden statt, neunmal wurden Untersuchungen von Beschwerden in der Lohnfrage vorgenommen. In den Sitzungen der örtlichen Schiedsgerichte und Schlichtungskommissionen beteiligte sich der Bezirksleiter in 13 Fällen. Der schriftlich

Berkehr zeigt den Ausgang von 13 Telegrammen, 11 Postanweisungen, 410 Briefen, 384 Postkarten und 527 Drucksachen auf. Ferner wurden von den Mitgliedern der Agitationskommission Danzig an 26 Sonntagen 18 Orte besucht und 51 Versammlungen resp. Sitzungen abgehalten. Hierzu kommt noch eine Anzahl Besuche von Orten, wobei teils Besprechungen, teils Hausagitation vorgenommen wurde von den Kollegen aus Allenstein, Heilsberg, Braunsberg und Tapiau. Eine Unmenge von Arbeit liegt in diesen Zahlen, vor allem, wenn man in Betracht zieht, daß zum größten Teil die Sonntage dabei in Frage kommen. Es muß deshalb auch Lobend anerkannt werden, wenn Kollegen, welche im Arbeitsverhältnis stehen und Tag für Tag ihre schwere Arbeit verrichten müssen, dann den Sonntag opfern, um sich in den Dienst ihrer Mitmenschen zu stellen. Leider wird diese anstrengende Arbeit von den Mitgliedern oftmals nicht recht gewürdigt und den Kollegen noch Unbarm geizt. Möchte diese Zahl von Arbeits-Pionieren für unsere gute Sache doch noch recht groß werden. Die Zukunft verlangt für unsere gute Sache immer mehr und mehr Mitarbeiter.

Schauen wir noch einmal zurück auf das verflossene Jahr, so wird es, wenn auch nicht alle, so doch den größten Teil von uns befriedigen. Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns. Gewiß sind nicht alle Erwartungen und Hoffnungen erfüllt, aber wenn wir mit dem Erreichten zufrieden sind und danach streben, das, was zurückgestellt werden mußte, nachzuholen, so werden wir auch von dem dahingegangenen Jahre befriedigt sein. Wir nehmen deshalb auch mit Mut und neuen Kräften die Arbeit für unsere hehren Aufgaben im Jahre 1912 auf.

Gewiß wissen wir als christliche Arbeiter, daß wir Feinde ringsum haben. Aber derjenige, welcher seine Ideen und Anschauungen zu vertreten weiß, welcher kämpfen kann für eine gute und gerechte Sache, wird auch Erfolge haben und Anerkennung finden. Die Rolle unserer Mitglieder, vor allem der Vorstands- und Vertrauensmänner muß für das Frühjahr, ja für das ganze Jahr lauten: Es muß vorwärts gehen, wir kämpfen für eine gerechte Sache, und diese muß siegen.

Die Konjunktur-Aussichten in diesem Jahre sind keine schlechten. Ueberall in beiden Provinzen rührt es sich. Auch in den einzelnen Orten, auch wo es im Jahre 1911 hätte besser sein können, wird es allem Anschein nach Beschäftigung für unsere Kollegen geben. Die Vorbedingungen für ein arbeitsreiches Jahr sind also gegeben, nun mochten, nutzen wir die Zeit.

Bei dieser Gelegenheit sei zum Schluß allen denjenigen Kollegen, welche so eifrig an der Ausbreitung und Festigung unseres Verbandes gearbeitet haben, herzlich Dank ausgesprochen: Möge ihr gutes Beispiel in weiten Kreisen von Kollegen Nachahmung finden. Ich bitte auch in diesem Jahre um eifrigste Unterstützung seitens unserer Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner. Einer allein kann das nicht leisten, was notwendig ist im Interesse unserer Bewegung, die Mitarbeit aller Kollegen ist darum wünschenswert. Wird jeder seine Schuldigkeit tun, so werden wir auch am Jahresschluß 1912 von weiteren Erfolgen berichten können. Darum, Kollegen, handeln wir nach dem Motto:

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts stets, nie ein Zurück,
Ein frohes Hoffen, Kühnes Streben
Und jämmerliches Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer Großes will, erreicht auch viel.

Königsberg i. Pr., im Februar 1912.

August Schönelas, Bezirksleiter,
Mißbüttche Bergstraße Nr. 50.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuliefern. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Seite ein ca. zweifingerbreiter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 24. März, der vierte Wochenbeitrag fällig ist.

Ahlen. Am 18. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht (wurde durch den ersten Kassierer Kollegen Beckmann erstattet), 2. Bericht von der Hammer-Konferenz (wurde durch den 1. Vorsitzenden Kollegen Stewing gegeben), 3. Vorstandswahl. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Stewing, als 2. Vorsitzender Kollege Mehring, als 1. Kassierer Kollege Beckmann, als 2. Kassierer Kollege Fortmüller, als 1. Schriftführer Kollege Ringkamp, als 2. Schriftführer Kollege Kruse, als Revisoren die Kollegen Krimphoffe, Dewes und Eberg. Die Versammlungen sollen alle 14 Tage am Samstagabend stattfinden. Das bisherige Versammlungslokal wurde beibehalten. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen zu einem pünktlichen und regelmäßigen Versammlungsbesuch.

Berlin (Fliesenleger). Unsere Generalversammlung am 15. Februar wurde vom ersten Vorsitzenden mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Geschäftsbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. — Zum Geschäftsbericht führte der erste Vorsitzende aus, daß im verflossenen Jahre eine General-, sieben Mitglieder-Versammlungen, eine Vorstands- und einige gemeinsame Sitzungen stattgefunden haben. Vorträge wurden gehalten vom Bezirksleiter Hildebrandt; von den Kollegen Hermann Wolf und Bergmann. Aufgenommen sind 7 Leher und 5 Hilfsarbeiter.

Vom Bezirksleiter wurde die Einführung der ewigeren Zentralisation gestreift. Obwohl einige Zahlstellen sich

dagegen gestäubt haben, ist in organisatorischer Tätigkeit ein Fortschritt zu verzeichnen.

Kollege Bergmann als Verwaltungsstellen-Kassierer beklundete, daß die Kollegen im Beitragszahlen voll ihre Pflicht getan haben, es sei dieses in der Hauptsache als Verdienst der Hauskassierer zu rechnen.

Kollege Bergmann dankte dem alten Vorstand für die Mühe und Arbeit, welche sie in dem Dienst der Zahlstelle geleistet haben. Dann schritt man zur Wahl. Gewählt wurden: Jos. Zeidler als erster Vorsitzender, Paul Labach als zweiter Vorsitzender, Joh. Schade als erster Schriftführer, Prentke als zweiter Schriftführer, Paul Zoppich als Beisitzer, Jos. Fiegler als Kartellbelegierter, Franz Raech als Ersatzmann, Bergmann und Franz Raech in die Schlichtungskommission. Zoppich und Franz Raech führen den Arbeitsnachweis. Franz Raech, Max Pietich und Miacz bilden die Begrüßungsdeputation. Das Lokal bleibt Königsbergstr. 9. An welchen Tagen die Versammlungen stattfinden, wird noch bekanntgegeben, vor allem mögen sich die Kollegen besser an den Versammlungen beteiligen und pünktlich zu denselben erscheinen.

Hamn. Die Verwaltungsstelle hielt am 11. Februar ihre Generalversammlung ab. Nicht vertreten waren Bellum und die neugegründete Zahlstelle Lippborg. Den Jahresbericht erstattete Kollege Bücher. Das erste Jahr der Wirksamkeit des Sekretariats hat uns Erfolge gebracht. Die gestiegene Mitgliederzahl, die einheitliche Agitation und Geschäftsführung beweist dieses. Die Bautätigkeit war gut. Defizit hätten noch viele Kollegen hier in Arbeit treten können. Leider ist die Fluktuation eine zu große. Durch den um 4 Pf. höheren Stand des Tariflohnes der Lohngebiete Dortmund ziehen sich die zugewanderten Kollegen meist nach dort. Infolge des Mangels an guten Arbeitskräften zahlten einige Unternehmer 2-4 Pfennig mehr Lohn, als der Tarif vorsieht. Das ist auch sehr gerechtfertigt. Sind doch die Lebensmittelpreise und solche für andere Bedürfnisse ebenso hoch wie anderswo. Das Verhalten der sozialdemokratisch organisierten unserer Mitgliedern gegenüber ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, ein sehr gehässiges, hervorgerufen durch die politische Heiße der letzten zwei Jahre. Angesichts der zunehmenden Gehässigkeit derselben ist eine größere Einigkeit und bessere gegenseitige Unterstützung unter unseren Kollegen in allen Fragen dringend zu wünschen. Die Agitation, welche besonders im Anfang des Jahres gut betrieben wurde, hat uns viele neue Mitglieder zugeführt, ebenso zahlreiche Uebertritte aus dem sozialdemokratischen Lager. Das Baudelegiertenwesen ist ebenfalls nicht genug beachtet und gepflegt worden. Auf den Arbeitsstellen darf kein Unorganisiertes mehr sein, der nicht täglich an seine Pflicht, sich zu organisieren, erinnert wird. Hoffentlich wird der Mahnruf in diesem Jahre befolgt: kein Bau ohne Baudelegierte! Auch in Bezug auf den Bauarbeiterzuschuß wird noch viel gefehlt. Manche Baubude ist mangelhaft und den Vorschriften nicht entsprechend. Die Vorschriften, einen trockenen Fußboden in der Bude zu haben, wind- und wasserdicht zu sein, sind vorhanden. Es fehlt nur, daß die Befolgung derselben von den Kollegen verlangt wird. Ebenso ist es mit dem Ubbeden der Balkenlagen und Leitergänge. Die Rücksichtnahme auf den Unternehmer oder Polier ist nicht angebracht. Sie zeitigt allerlei Mißstände, worunter alle Kollegen zu leiden haben. Also auch hier, wie in so vielen anderen Fragen, eine bessere Einmütigkeit und etwas mehr Kurage. Manche Zahlstellenvorstände und Vertrauensmänner haben einen lobenswerten Eifer entwickelt und Liebe zur Sache gezeigt, dieses zeigt sich so recht in der pünktlichen Beitragsleistung und Abrechnung. Einige andere Vorstände und Vertrauensmänner sollten sich durch dieses Beispiel angepornt fühlen und in Zukunft mitarbeiten. Besondere Sorgfalt ist dem Hauskassierewesen zu widmen. Wenn es einmal an einer Stelle hapert, dann müssen unsere Vorstände beizeiten eingreifen. Der Arbeitsnachweis muß besser gepflegt werden, weil er ein gutes Mittel zur Festigung unseres Mitgliederbestandes ist. Leider muß gesagt werden, daß eine Anzahl unserer Kollegen bei den sozialen Wahlen, wie z. B. Krankenkassenwahl, Gesellensauschuss- und Schiedsgerichtswahl, aus Interesslosigkeit ihre Pflicht grüßlich verließen. Alle Kollegen wissen, welcher harter Kampf geführt werden muß, welche Anstrengungen die Genossen machen. Und diese Kollegen können träge zusehen, wie durch ihre Schuld, durch ihre Wahlenthaltung, der Sieg den Genossen zufällt, obwohl wir leicht siegen könnten. Im Laufe des Jahres schloß sich die Zahlstelle Werne unserer Verwaltungsstelle an. Neue Zahlstellen wurden gegründet in Pöffen und Lippborg. Die Tätigkeit des freigestellten Kollegen war, wie folgt: Es wurden besucht: 94 Mitglieder-Versammlungen, 39 Vorstandswahlen und Vertrauensmänner-Sitzungen, 16 Schlichtungskommissions-, 11 Kartell- und 49 sonstige Sitzungen und Konferenzen. Fünf Bautenstatistiken wurden aufgenommen. Klagen wurden neun anhängig gemacht. Dreißig Schriftsätze wurden angefertigt und mehr als doppelt soviel Auskünfte über Arbeitsfreistellungen, Kündigung, Akkordarbeit, Steuerjahren usw. erteilt. Durch die Rechtschutzerteilung wurde für 26 Kollegen die Summe von 373,67 \mathcal{M} erzielt. Es gingen aus: an Briefen und Postkarten 598, Drucksachen 1371, Pakete 21 und 8 Telegramme. An Drucksachen, wie Einladungszettel, Kundenscheine u. dgl., wurden auf der Geschäftsstelle 2849 hergestellt. Der Kassenbericht hatte eine Jahreseinnahme und -ausgabe für die Hauptkasse 11 261,48 \mathcal{M} . An Rechtschutz und Krankenunterstützung wurden 358,10 \mathcal{M} gezahlt, an die Hauptkasse wurden 10 903,38 \mathcal{M} gesandt. Die Jahreseinnahme der Verwaltungsstelle einschließlich Kassenbestand betrug 8946,93 \mathcal{M} , die Ausgabe 5762,72 \mathcal{M} . Kassenbestand am Jahresschluß 1911: 3184,21 \mathcal{M} . Der Kassenbericht wurde den Delegierten schriftlich eingehändigt. Aufgenommen wurden 252 Mitglieder. Es traten zu uns über 39 Kollegen. Mitglieder waren im ersten Quartal 366 vorhanden. Die Durchschnittszahl der Mitglieder betrug 555. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Wilh. Hink als erster, Heinrich Stewing als zweiter Vorsitzender; Joh. Bücher als erster, Ferd. Post als zweiter Kassierer; Joh. Gräve als erster, Heinz. Weßelmann als

zweiter Schriftführer; Eb. Krendt, Heinz. Hollenhorst und Franz Seiler als Revisoren. Der Bezirksleiter, Kollege Koch, zeigte in längeren Ausführungen den Fortschritt in der Verwaltungsstelle und dankte allen Kollegen, welche im Laufe des Jahres nach Kräften für unsere Sache mitgearbeitet haben, und sprach die Bitte aus, auch weiterhin mitzuarbeiten. Nach Erledigung weiterer Punkte wurde die sehr anregende Sitzung geschlossen.

Guskirchen. Am 25. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle die erste Generalversammlung ab. Bezirksleiter Kollege Lange hielt einleitend einen recht lehrreichen Vortrag. Dann gab der Vorsitzende, Kollege Malberg, den Tätigkeitsbericht. Er erinnerte daran, daß im Jahre 1906 die Guskirchner Bauarbeiter schon einmal einen Anlauf zur Organisation gemacht hätten. Infolge der mangelhaften Kenntnisse über den wirtschaftlichen Wert der Organisation aber wieder von derselben zurückgetreten sind. Dadurch habe sich die Guskirchner Bauarbeiterjahrelang geschädigt. Erst im Berichtsjahre sei man dem Rufe des Bezirksleiters gefolgt. Am 12. Februar sind dann 14 Kollegen beigetreten. Da die Löhne in den letzten Jahren infolge Fehlens der Organisation, trotz der verteuerten Lebenshaltung, nicht erhöht, sondern sogar gesunken waren, setzte die Organisation sofort mit einer Lohnforderung ein. Die Unternehmer machten zunächst ernsthafte Versuche, die Kollegen der Organisation wieder abspornig zu machen, und lehnten auch jede Verhandlung ab. Die Zertrümmerung der Organisation gelang jedoch nicht. Durch Vermittlung und unter Führung des Bürgermeisters kam es dann zu Verhandlungen, die zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der bedeutenden Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde für Maurer, Putzer und Hilfsarbeiter führten. Auch der Lohn der Grufateure ist in gleichem Maße infolge der Bewegung gesteigert worden. Die Durchführung der erhöhten Löhne ist bisher nicht auf Schwierigkeiten gestoßen. Pflicht sei es nun für jeden Kollegen, dahin zu wirken, daß alle Bauarbeiter Guskirchens nun auch dem Verbandszugeführt werden, damit auch die weitere Lohnerhöhung am 1. April 1912 nicht auf Schwierigkeiten stoße. Um ihre geistige Bildung zu vervollkommen, müssen die Kollegen besser die Unterrichtsstunde des Kartells und ebenfalls die Versammlungen besuchen. In das Wesen der Arbeiterfrage und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung müßten alle Bauarbeiter eindringen. Nur dann könne die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes erreicht werden. Er schloß mit dem Appell an alle Kollegen, im Jahre 1912 sich in die vorersten Reihen der Kämpfer zur Stärkung der Organisation zu stellen. Hier auf gab Kollege Welben den Kassenbericht vom vierten Quartal. Es wurden verkauft: 165 Beitragsmarken à 45 Pf., 621 Beitragsmarken à 55 Pf.; 3 Arbeitslofenmarken. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 352,37 \mathcal{M} . Für die Lokalkasse einschließlich des Bestandes 144,13 \mathcal{M} . Die Ausgabe der Lokalkasse betrug: für Hauskassierung 13,04 \mathcal{M} , Porto und Schreibmaterial 15 \mathcal{M} , für Tarifverträge 24,60 \mathcal{M} , sonstige Ausgaben 5,55 \mathcal{M} . Das Lokalkassenvermögen beträgt 85,24 \mathcal{M} . 1911 wurden 136 Aufnahmen gemacht. Die Mitgliederzahl beträgt 72. Es fanden 1911 statt: 11 Mitglieder-Versammlungen, 1 öffentliche Versammlung und 4 Vorstandssitzungen. Der Versammlungsbesuch hätte ein besserer sein müssen, dann hätte auch die Agitation noch besseren Erfolg gezeitigt. 1912 müßte der Verband 150 Mitglieder erhalten. In der Diskussion wurde noch auf die Erfolge der letzten Hausagitation hingewiesen, die 12 neue Mitglieder gebracht habe. Kollege Lange sprach den Vorstandsmitgliedern, den Vertrauensleuten und allen Mitarbeitern den Dank aus. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Joh. Malberg als erster Vorsitzender, Wilh. Jähbender als zweiter; Paul Welben als erster Kassierer, Ant. Winder als zweiter; Ant. Stümper als erster Schriftführer, Peter Dormagen als zweiter; Wilh. Schweiler und Joh. Mettermich als Beisitzer; Joh. Klütgen und Ant. Kurth als Revisoren; Malberg und Jähbender als Kartellbelegierte. Mit dem Wunsch zur Mitarbeit schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Gnesen. (Ortskartell.) Am Sonntag, den 18. Februar d. J., fand im Lokale des Herrn Michalczak eine große christliche Gewerkschaftsversammlung statt. Der Besuch war ein guter, indem die Ortsgruppen der Maurer, Zimmerer und Holzarbeiter stark vertreten waren. Der Zweck der Versammlung war, in Gnesen ein Ortskartell der christlichen Gewerkschaften zu gründen. Kollege Müller aus Posen verdrückte sich in längeren Ausführungen über die Aufgaben des Kartells. Es wurde einstimmig beschlossen, für Gnesen ein Ortskartell zu gründen. Der Vorstand soll in der nächsten Delegierten-Sitzung gewählt werden. Wir wollen hoffen, daß es dem Kartell gelingen möge, die hier bestehenden Ortsgruppen noch mehr zu befestigen und eine Anzahl neuer Gruppen dem Kartell anzuschließen.

Gnesen. (Zimmerer.) Nach langer Ruhepause regnet sich die Zimmerer von Gnesen wieder. Sie scheinen es einzusehen, daß ohne eine fest zusammengeschlossene Organisation die Interessen der Zimmerer nicht vertreten werden können. So fand am Sonntag, den 18. Februar, um 5 Uhr, eine gut besuchte Zimmererverversammlung statt. Kollege Müller aus Posen beleuchtete das schlechte Organisationsverhältnis der Zimmerer und stellte die Frage: „Was haben die Zimmerer zu erwarten, wenn sie auch weiterhin so gleichgültig sich verhalten?“ Die Kämpfe hätten sich gegenüber vor einigen Jahren sehr verändert. Jetzt gebe es nur zweierlei: Entweder gute und leistungsfähige Organisationen schaffen, oder wieder zum Sklaventum zurück zu kehren. Es waren derbe Wahrheiten, welche den Kollegen gesagt wurden, doch die Worte waren wohlgemeint und verfielen ihre Wirkung nicht. Die Kollegen, welche noch mit dem Beitragszahlen im Rückstände sind, versprochen, alles nachzuholen. Die Unorganisierten meldeten sich zum Beitritt. Elf Kollegen sind somit neu gewonnen. Damit ein geregelter Verbandsleben eintritt, werden alle v. zehu Tage Versammlungen abgehalten. Der gewählte

Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Als Vorsitzender Franz Chyzy-Griesen, Dalkerstraße 22; als Kassierer August Stosowski-Griesen, Neustadt Nr. 9; als Schriftführer Wladislaus Kaulski, Gröbstraße 5. Zimmerer von Griesen, macht nun euer Versprechen wahr und arbeitet nach dem Wahlspruch: „Einer für alle und alle für einen“.

Kreuzburg, O.-S. (Jahresbericht). Das Jahr 1911 war ein Jahr des Kampfes. Der Tarifvertrag, welcher im Jahre 1909 mit den Arbeitgebern abgeschlossen worden ist, ist am 1. April 1911 abgelassen und haben die Arbeitgeber sich geweigert, mit der Organisation einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Da aber von unserer Seite Forderungen gestellt worden sind, hatten die Arbeitgeber am 7. Juni in Kreuzburg in einer Arbeitgeberkonferenz beschlossen, das Verbot von 1910 nachzuholen, indem sämtliche Arbeitgeber des Kreises Kreuzburg, Rosenberg und Lubitz ausprotestierten. Nach dreiwöchentlichem Kampfe ist es aber doch gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Nach dem Tarifabschluss haben sich aber doch noch kleine Bauunternehmer gefunden, die unter dem Tarifvertrag nicht zu arbeiten, sondern die Organisation ist es gelungen, daß heute in dem ganzen Kreise der tarifmäßige Lohn gezahlt wird. Mögen die Kollegen auch weiter so arbeiten, so wird auch in dem Vertragsgebiet weiter Ordnung geschaffen.

Die Mitgliederzahl betrug Ende 1910 480, am Schlusse des Jahres 1911 658. Im ganzen wurden in diesem Jahre 308 Mitglieder neu aufgenommen.

Die Gesamteinnahme für Eintrittsmarken beträgt 151,50 M., an wöchentlichen Beiträgen 7973,10 M., an Extramarken 10,50 M., Zuschlagsmehren 12,— M., Lokalgebühren 353,80 M., also Gesamteinnahme 8922 M. In die Hauptkasse wurden abgeführt 5361,83 M., an Rechtschutz wurden angewendet 889,81 M., an Krankenunterstützung 154,45 M., Sterbeunterstützung 60,— M., Gemeindegeldern und Inhaftiertenunterstützung 350,— M., Streikunterstützung 9130,— M.

Die lokalen Ausgaben betragen für Hauskassierung 494,40 M., Porto und Schreibmaterial 195,10 M., Inzerate und Druckkosten 22,54 M., Verjämmeris der Lokalverwaltung 129,30 M., Verwaltungskosten 840,— M., Bücher und Broschüren zur Bibliothek 36,75 M., Kartellbeiträge 201,30 M., Agitation 351,07 M. Der Lokalassenbestand betrug am Schlusse des 4. Quartals 275,39 M. Es ergibt sich somit eine Mehrerlöse für die Zentralkasse in diesem Jahre von 1277,14 M.

Der Posteingang betrug 716 Postkarten, 212 Briefe, 24 Pakete, 18 Telegramme; der Postausgang betrug 804 Postkarten, 221 Briefe, 7 Pakete, 24 Telegramme.

Rechtschutz wurde an 61 Kollegen erteilt. In fünf Sachen mußte eingeleitet werden wegen Krankengeld, in 17 Sachen wegen Invalidenrente, und 39 Kollegen klagten wegen rückständigen Lohn vor dem Schöffengericht, der die Summe von 2716,14 ausmachte. Die betr. Arbeitgeber wurden zur Zahlung dieser Summe in voller Höhe verurteilt.

Zur Erholung der Mitglieder wurde seitens des Kartells während der Wintermonate ein Unterrichtskursus abgehalten. Derselbe hätte von unseren Kollegen besser besucht sein können.

Bedenklich ist, daß ein großer Teil der Mitglieder sich sehr wenig bemüht, die eigentliche Arbeitsträger richtig zu verstehen. Danach sollte eigentlich jeder Arbeiter und in besonderen jeder christliche Gewerkschafter streben. Zielgerichtet in unsere Volkswirtschaft. Der Arbeiter des heute muß wissen, in welchem Verhältnis er zur Gesamtheit steht. Der Idealtypus des Arbeiters muß über seinen Stand weit hinausgehen, wenn er nicht einem allgemeinen Phrasentum, wie es sich in letzter Zeit bei der Sozialdemokratie breit macht, anheim fallen soll. Unsere Geschichte der Sozialgesetzgebung muß unbedingt beachtet werden. Der Stand unserer heutigen Volkswirtschaft hat dem Arbeiter kein fremder Begriff sein. Ein gründliches allgemeines Wissen unseren Kollegen beizubringen muß eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein. Auch dürfen manche unserer Kollegen die Organisation nicht als einen Automaten betrachten, in dem man über 0,10 M. hinauswagt, worauf dann unnen 0,50 M. herauskommen. Der nicht aus ethischen Gründen, aus der jüdischen Art zu handeln, Mitglied der Gewerkschaft geworden ist, der sei es doch wenigstens aus klarem Egoismus. Im Jahre 1912 muß in der Verwaltungskasse Kreuzburg ein bedeutend größerer Prozentsatz Kollegen für uns gewonnen werden. Wir müssen hin zu den Unorganisierten und sie aufklären über die Notwendigkeit der Organisation und sie unseren Verbände zuführen.

Kollegen! Es soll auch in diesem Jahre unser höchster Ehrgeiz sein, nach Kräften dem Verbände zu dienen. Je mehr wir wachsen an Zahl und Stärke, um so mehr sind wir in der Lage, die Interessen der Bauarbeiterschaft zu vertreten. Je mehr wir das können, um so lieber wird uns unser Verband werden. Wir werden mit ihm verknüpfen, er wird uns unentbehrlich sein. Gedulden wir uns nicht mit Lust und Stolz in dem Gewerkschaftskampfe an, und erwidern wir uns nicht des Spruches: Der nicht kämpfen will, wird niemals siegen. Der den Kampf scheut, verliert er; Der gegen Kampf, mag unterliegen. Denn ihn stellt die Kraft der Energie!

Agitation. (Vernichtungs- und Jahreshilfe.) Am Sonntag, den 11. Februar, fand im Gasthaus zur Besenballe unsere Generalversammlung statt. Unser langjähriger erster Vorsitzender, Johann Hummel, eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Er dankte er dem Referenten, Kollegen Behringer aus Büdingen, für den Bericht. Derselbe sprach in seinen Worten über die Aufgaben innerhalb der Zahl- und Betriebskassen. Was besonders bei der Generalversammlung an den Kollegen, es müssen an den Kollegen werden, damit im kommenden Jahre nicht wieder die alten Fehler begangen werden. Den Kassierbericht erstattete der Kassierer, Kassierer Karl Popp von Büdingen. Was demselben war zu entnehmen, daß

im vergangenen Jahre die Beiträge ziemlich gut eingegangen sind, doch müsse es im kommenden noch besser werden. Aus der Neuwahl gingen einstimmig hervor unser langjähriger Vorsitzender Joh. Hummel, Büdingen; als Kassierer Karl Popp von Büdingen, und als Schriftführer Sidor Schenkel von Sulzfeld. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Johann Schreffler und Andreas Popp; alle nahmen die Wahl an. Anschließend wurde die Neuwahl des Vorstandes der Zahlstelle Büdingen vorgenommen. Aus derselben gingen hervor: als Vorsitzender Joh. Hummel; als Kassierer, Philipp Metz; als Schriftführer Georg Schweher; als Revisoren Nikolaus Müller und Michael Pabel.

Büdingen. In unserer diesjährigen Generalversammlung gab der Vorsitzende, Kollege Eilers, bekannt, daß im Berichtsjahre 12 Versammlungen und 14 Sitzungen stattgefunden haben. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Eilers als erster Vorsitzender, Bögel als zweiter; Lue als Kassierer; Schamer als erster Schriftführer, Bögershausen als zweiter; Bürger, Hesse, Junkermann als Revisoren; Kragberg, Wolter, Rosenstock in den Ausschuß; Kray und Seele als Kartelldelegierte.

Wemel. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, den 11. Februar, statt. Dieselbe war von sämtlichen Mitgliedern besucht. Kollege F. Romeike gab den Jahresfassungsbericht, welcher sich wie folgt gestaltet: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 547,83 M., die Ausgabe an Krankenunterstützung 49,80 M., so daß in der 498,03 M. an die Hauptkasse abgeführt werden konnten. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 122,25 M., die Ausgabe 89,03 M., so daß ein Kassenbestand von 33,22 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 28. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Jahresabrechnung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde, ebenso wurde demselben Dank für seine Arbeit ausgesprochen. Hierauf hielt Kollege Schönkäs einen Vortrag, indem er einen Rückblick auf das vergangene Jahr warf und gleichzeitig unsere Aufgaben für die Zukunft schilderte. Auch die letzten Reichstagswahlen zog der Redner an und zeigte an der Hand von sozialdemokratischen Freßstimmen, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer 110 Mandate ebenjowenig für die Arbeiterschaft tun werde, wie sie es früher getan hätte. Die Sozialdemokratie und ihre Agitatoren hielten die Massen der Arbeiter, indem sie andere verleumdete. So sei der Gauleiter Lübring hier in Wemel und an anderen Orten in der Provinz mit der Unwahrheit umhergezogen, daß unser Verband in Königsberg nur noch wenige Mitglieder hätte und dieserhalb den Lokalbeamten hätte entlassen müssen. Dieses sei frei erfunden; denn an Stelle des Kollegen Partei, welcher das ostpreussische Sekretariat des evangelischen Arbeitervereins übernommen hat, ist der Kollege Liebrich aus Danzig getreten. Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Franz Steinberger als Vorsitzender neugewählt und Kollege F. Romeike als Kassierer wiedergewählt. Weiter wurden gewählt die Kollegen: Schuppas als Schriftführer, Kimbus und Hippe als Kassenrevisoren. Alle gewählten Kollegen versprachen, mit allen Kräften für die Stärkung unseres Verbandes zu sorgen.

Wemlingen. (Jahres-Bericht.) In unserer diesjährigen Generalversammlung gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über das vergangene Jahr. Er sprach nochmals über die am 8. Oktober abgehaltene Konferenz. Weiter gab er bekannt, daß eine Arbeiterkassette gegründet wurde, in diese habe jedes Mitglied 10 Pf. zu zahlen. Er sprach auch noch über die Unfälle in Wemlingen. Hierauf gab er die Tagesordnung bekannt: 1. Neuwahl des Ausschusses, 2. Bericht des Kassierers, 3. Bericht des Schriftführers, 4. Bericht des Revisors, 5. Bericht des Vorsitzenden. Der Schriftführer berichtete, daß wir mit Freunden auf das vergangene Jahr zurückblicken können, haben wir doch in diesem Jahre 8 Zimmerer, 1 Maurer und 6 Bauhilfsarbeiter aufgenommen. Versammlungen wurden acht abgehalten. Der Mitgliederbestand beträgt 19 Kollegen. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht: Einnahmen 264,77 M., Ausgaben 224,20 M., bleibt der Lokalkasse ein Bestand von 40,47 M. In den Vorstand wurden gewählt: Schöble als Vorsitzender, Hannes als Schriftführer, Groß als Kassierer, als Revisoren Göttele, Eggart und Graf. Der Vorsitzende dankte dem ausstehenden Kassierer noch den herzlichsten Dank ab.

Reichardt (Bezirk Kattowitz, O.-S.). Am Sonntag, den 4. Februar (er), hielt unsere Zahlstelle die diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung waren folgende Punkte: 1. Vortrag, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl. Kollege Erhardt hielt einen lehrreichen Vortrag über die Frage: In im Jahre 1913 mit einer Ausbesserung zu rechnen? Dann erstattete Kollege Wainisch Bericht über die Kassenverhältnisse des vorigen Jahres. Es wurden 1779,43 M. an die Verwaltungskasse geleistet. Jetzt wurde zur Vorstandswahl geschritten. In den Vorstand wurden die Kollegen gewählt: St. Smythalla als Vorsitzender; Joh. Wainisch als Kassierer; A. Seyhan und A. Wainisch als Kassierere für Reichardt; A. Wainisch als Kassierer in Strabana; Em. Nowal als Schriftführer; Joh. Wainisch und F. Smythalla als Revisoren. Die Kollegen von Reichardt sind von unserer Zahlstelle ausgetreten, weil sie eine selbständige Zahlstelle gründen. Kollege Erhardt ermahnte dann die Kollegen zur treuen Pflichterfüllung und nach einer kurzen Schlussrede wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband christlicher Bauarbeiter geschlossen.

Kollshausen. Am 12. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung waren: 1. Jahresabrechnung, 2. Vorstandswahl, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Bericht des Vorsitzenden. Der Vorsitzende bemerkte, daß nicht mehr Kollegen erschienen waren. Die vom Kassierer vorgelegte Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt bzw. wiedergewählt: als Vorsitzender Ludwig Bode, als Kassierer Andreas Bode

(Zimmerer), als Revisoren Woff Gbdeke und Franz Kreis. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an. Unter „Verschiedenes“ sprach Kollege Sühnig einige Worte über das Krankenversicherungsgesetz. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, am christlichen Verbände treu festzuhalten und ermahnte die älteren Kollegen, sich der jüngeren anzunehmen, damit diese nicht von den Genossen unter falschen Versprechungen in ihren Verband gelockt würden.

Hambthal. Am Mittwoch, den 14. Februar 1912, fand im Gasthaus Bahler unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Kollegen Behringer über Rückblicke und Ausblicke, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Bericht des Kassierers, 4. Neuwahl der Zahlstelle. Aus dem Vortrag des Kollegen Behringer war ganz besonders zu entnehmen, daß die Generalversammlung eine Beweiskraft jedes einzelnen Kollegen sei. Jedes Geschäft rechne am Jahresabschluss ab, ob es mit Schaden oder Vorteil gearbeitet habe. Es müsse festgestellt werden, ob Fehler im vergangenen Jahre gemacht wurden; diese müßten, wenn welche vorgekommen wären, in der kommenden Zeit vermieden werden. Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre die Zahlstelle sich gut entwickelt hat, was jedem Kollegen Freude mache. Der Kassierer hob lobend das pünktliche Beitragszahlen der Kollegen hervor, ebenso seien auch die Gelder pünktlich nach Berlin an die Zentrale abgeliefert worden. In den Vorstand wurden gewählt: August Enzinger als 1. Vorsitzender, Friedr. Sigt als 2. Vorsitzender, Michael Brand als Kassierer, Andreas Wieber als Schriftführer, August Döppel und Albin Wieber als Revisoren. Alle wurden einstimmig gewählt, auch nahmen alle die Wahl an. Mögen auch in diesem Jahre die Kollegen arbeiten wie im vergangenen Jahre, dann können wir dem Jahre 1913 ruhig entgegensehen, mag es bringen, was es will!

Spichern. Am Sonntag, den 11. Februar, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der Bezirksleiter, Kolll. Bestum, war dazu erschienen. In den Vorstand wurden gewählt: Andreas Reisinger (Vorsitzender), Johann Siebach (Kassierer), Johann Klein (Schriftführer), Jakob Michels und Georg Klein (Revisoren). Abdann erteilte der 1. Vorsitzende dem Bezirksleiter das Wort. Derselbe betonte, daß wir mehr Wert darauf legen müssen, die jungen Kollegen für den Verband zu gewinnen, um so mehr, als ja der Eintritt für dieselben sehr erleichtert ist. Auch forderte er die Kollegen auf, tüchtig mit dem Vorstand zu arbeiten, denn in diesem Jahre läuft der Tarif ab, und da müssen soviel wie möglich neue Mitglieder für die Organisation gewonnen werden. Der Redner erteilte reichen Beifall. Unsere Zahlstelle zählt 31 Mitglieder.

Genosse Lübring aus Königsberg

sendet uns folgende Berichtigung: „In Nr. 9 der „Baugewerkschaft“, datiert vom 3. März 1912, bringen Sie unter der Rubrik „Verbandsnachrichten für den Bezirk Königsberg i. Pr., der sich mit meiner Person befaßt. In dem Bericht heißt es unter anderem:

„Mit Unwahrheiten treibt in diesem Winter der Gauleiter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes Lübring seine Agitation.“ An einer anderen Stelle: „So, Lübring schwindelt noch mehr; so hat er in Gr.-Neuhen erzählt, daß der Bezirksleiter Kollege Schönkäs diesen Sommer nach Danzig überfiebern müsse.“

Zu diesen positiven Behauptungen erkläre ich folgendes: Vorstehende Behauptungen sind unwahr; wahr ist, daß ich in allen Versammlungen, die ich im Kreise Kollshausen abgehalten habe, auch in der Versammlung in Gr.-Neuhen, den christlichen Verband und seinen Bezirksleiter Schönkäs mit keinem Wort erwähnt habe.

Unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes erkläre ich um Aufnahme vorstehender Berichtigung in einer der nächsten Nummern Ihrer geschätzten Zeitung.“

Berichtigungen brauchen bekanntlich nicht richtig zu sein, da man nach dem Gesetz gezwungen ist, auch eine offensichtliche Unwahrheit aufzunehmen. Wie es mit der „Berichtigung“ des „Genossen“ Lübring aussieht, dazu schreibt uns Kollege Schönkäs:

Lübring bestreitet also, die diesbezüglichen Bemerkungen über unseren Verband resp. meine Person gemacht zu haben. Dem stelle ich folgendes gegenüber:

In einem Schreiben, datiert vom 14. Februar 1911, teilte mir unser Vertrauensmann Kollege Ruß u. a. folgendes mit: „Am Sonntag, den 11. d. M., hielt hier der Gauvorstand Lübring eine Versammlung ab. Die Kollegen traten deshalb über, weil ihnen vorgerebet wird, der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands wird in Königsberg nicht mehr lange bestehen. Der geht in Königsberg ein. Und Du wirst deshalb diesen Sommer deinen Wohnsitz nach Danzig verlegen. So werden die Kollegen von den Sozialdemokraten gewonnen und unserem Verbände entziehen. Sie sind hier von Haus zu Haus gegangen und haben es verstanden, die Kollegen zum Eintritt bzw. Uebertritt zu zwingen. Mich natürlich wollten sie auch bewegen, aber ich habe ihrer Heuchelei und Schmeichelei Widerstand geleistet. Und so sind noch mehrere Kollegen unserem Verbände treu geblieben.“

Wenn Lübring somit behauptet, kein Wort von unserem Verbände oder dessen Bezirksleiter Schönkäs gesagt zu haben, so halte man dem die Mittelungen unseres Kollegen gegenüber.

Dieses für heute; sollte es notwendig sein, so werden wir die „Lübring'sche Agitationsweise“ noch etwas näher beleuchten.

Soweit Kollege Schönkäs. Da haben wir also die Wahrheitsliebe des „Genossen“ Lübring. Zum Ueberflus freizet er sich auch noch wie ein Bimperl-Wichtig. Im letzten „Grundstein“ redet er nämlich von „zentraldemokratischen Dugendagitatoren“, bei denen eigenes Wissen so selten sei wie eine Dose in der Wüste. Daß das gerade ein roter Dugendagitator, und dazu einer von

Kollegen, vergeßt nicht, daß es in diesem Jahr ganze Arbeit zu leisten gilt.

der niedrigsten Sorte, sagt, macht die Sache pikant. Schreiber dieses hörte in seiner ersten gewerkschaftlichen Versammlung 1899 in Essen in der Rothenburg zum ersten Male den Genossen Lübbing. Sofort kam ihm der Gedanke: Ist das aber ein fanatischer und häßlicher Bursche. Seine wüste Agitation setzte ihn bald aufs Trockene, und mußte er schon dort wegen Beleidigung unseres Kollegen Lange die Hand des Strafrichters fühlen. Sein Haß gegen die christlichen Gewerkschaften hat ihn nicht verlassen. Er treibt sein altes Spiel jetzt in Ostpreußen. Wir sind der Ueberzeugung, daß er auch dort eines Tages am Trockenen sitzen wird. Wenn uns aus dem Munde dieses „Dupendagitors“ das Wort Vöge entgegenklingt, so läßt uns das kalt. Nicht jeder Bursche kann uns beleidigen.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl von 13 407 auf 16 448 gesteigert, also eine Zunahme von 3011 zu verzeichnen. Im Jahre vorher betrug der Zuwachs 2095. Die Einnahmen aus den regelmäßigen Mitgliederbeiträgen stiegen von 355 077 M im Jahre 1910 auf 448 261 Mark im Jahre 1911; also mehr 93 184 M. Das Verbandsvermögen stieg von 415 805 M auf 570 080 M, zurzeit beträgt es über 600 000 M. An Unterstützungen wurden von der Hauptkasse 183 349 M ausbezahlt. Der Verband, der Ende 1899 gegründet wurde, erhob im Anfang — wie die meisten christlichen Gewerkschaften — einen Wochenbeitrag von 10 Pf., heute dagegen einen regelmäßigen Beitrag von 50 Pf. Darüber hinaus zahlen die meisten Ortsvereine Lokalbeiträge, einzelne bis zur doppelten Höhe; z. B. Berlin insgesamt 1,10 M, München 1 M, Frankfurt a. M. 90 Pf., 13 Ortsgruppen 80 Pf. usw. Ein Beweis, welche Fortschritte die christlichen Gewerkschaften in Leistung und Gegenleistung aufzuweisen haben.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung in Oesterreich. In der so überschriebenen Notiz in voriger Nummer muß es heißen: Anfragen und Zuschriften (an den neu gegründeten Gutenbergbund, Vereinigung österreichischer Buchdrucker) sind zu richten an den Vorsitzenden Volk, Wien 7, Bieglergasse 81, nicht 81, wie es irrtümlich hieß.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Die ungünstige Wendung im englischen Kohlenstreik. Nachdem es in den letzten Tagen schon den Anschein hatte, als ob eine Einigung und damit Beilegung des Streiks nahe bevorstände, ist jetzt eine Wendung eingetreten, die eine baldige Verständigung kaum annehmen läßt. Die von der Regierung begonnenen Verhandlungen mit den streikenden Parteien, die sich nun seit schon 17 Tagen vergeblich hinschieben, sind abgebrochen worden. Die die Blätter melden, soll dieser Schritt von allen Parteien und besonders von der Masse des Publikums mit einem Gefühl von Erleichterung begrüßt worden sein, wenn sich auch niemand verhehlt, daß wir möglicherweise noch ernstere Zeiten entgegengehen. Anscheinend will die Regierung nun das Ende des Streiks erzwingen. Eine amtliche Erklärung über die Streikkonferenz besagt: Premierminister Asquith hat die Konferenz davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung, obwohl sie ihr Außerstes getan, zu ihrem Bedauern zu dem Schluß gekommen, daß es unmöglich ist, eine Einigung zu erzielen, und daß deshalb andere Maßnahmen getroffen werden müssen. Mit Rücksicht darauf, daß die Menge der am Ausstand Beteiligten von Tag zu Tag ernster das Gedeihen des Landes bedrohe, werde die Regierung das Parlament um eine gesetzgeberische Maßnahme ersuchen, auf Grund deren den Arbeitsverträgen der unter Tage arbeitenden Bergleute ein vernünftiger Minimallohn eingefügt werden muß. Ohne die Regierung auf eine bestimmte Formel festzulegen, deutete Asquith an, daß die Distrikts-Minimallöhne lokal festgesetzt werden sollten durch vereinigte Ausschüsse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit einem unabhängigen und neutralen Vorsitzenden an der Spitze, der entweder von den Parteien oder, wenn nötig, von der Regierung erwählt werden solle. Die Vorschläge der Regierung sollen auch Bestimmungen zur Sicherung der raschesten Erledigung aller Streikfälle enthalten. Die Vorlage kann nicht wohl vor Dienstag eingebracht und im besten Fall wohl kaum vor Donnerstag erledigt werden, vorausgesetzt, daß sie nicht von der Arbeiterpartei ernstlich angefochten wird. Es gibt Leute, die glauben, die Lage sei heute ungünstiger als vor acht Tagen.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Einkaufsgenossenschaften als Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisationen möchte man im Baugewerbe gründen. In der „Zeitschrift des Württembergischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“, Nr. 5, schreibt jemand in einem Artikel „Einkaufsgenossenschaften der Arbeitgeberverbände“ (ihre Vorteile und Nachteile) folgendes: „Es ist unbestreitbar, daß ein Arbeitgeberverband, der eine auf Gegenseitigkeit gegründete Einkaufsgenossenschaft besitzt, die alle Verbandsmitglieder in sich vereinigt, ein außerordentlich festes Gefüge und

eine außerordentlich hohe Werbekraft besitzt. Ein derartiger Arbeitgeberverband wird sicher läckenlos alle Arbeitgeber des betr. Gewerbes in sich vereinigen. Was das bei Streiks und Aussperrungen bedeuten würde, weiß ein jeder, zumal wenn noch eine Streikversicherung der Mitglieder hinzukäme. Ein Arbeitgeberverband, der eine Einkaufsgenossenschaft besitzt, die alle seine Mitglieder in sich vereinigt, ist alleiniger Gläubiger seiner Mitglieder, die während eines Streiks oder einer Aussperrung nicht um Zahlung gedrängt werden. Besitzt er für seine Mitglieder noch eine Streikversicherung, so können seine Mitglieder jeden Streik und jede Aussperrung aushalten, mögen sie von langer oder von kurzer Dauer sein.“

Wenn die Arbeiter einen Konsumverein gründen, um durch die Vorteile desselben einen Ausgleich zwischen den unzureichenden Löhnen und der herrschenden Teuerung zu schaffen, dann ist das ein Bedrohen des Mittelstandes. Im Arbeitgeberlager gedenkt man Einkaufsgenossenschaften zu gründen, wodurch zweifellos Duzende selbständiger Mercantilhändler — also auch Mittelstandsexistenzen — vernichtet würden. Und mit was begründet man die Forderung solcher Genossenschaften? Dann können wir es bei Streiks und Aussperrungen besser aushalten, kurz: das gibt uns eine neue Waffe gegen die Arbeiterorganisationen. Gewiß, das soll nur Nebenzweck sein, uns aber dünkt, es ist der Hauptzweck.

Soziale Wahlen.

Allenstein. (Gewerbegerichtswahl.) Bei der am Donnerstag, den 15. Februar, getätigten Gewerbegerichtswahl wurden insgesamt 572 Stimmzettel abgegeben; davon waren zwei ungültig. Während früher bei der Gewerbegerichtswahl die christlichen Gewerkschaften mit den katholischen Fachabteilungen zusammengingen, so gingen diesmal beide Parteien getrennt vor. Die sozialdemokratischen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften beteiligten sich offiziell nicht an der Wahl. Es entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 1512 und auf die der katholischen Fachabteilungen 1917 Stimmen. Von sechs Besitzern erhielten beide Parteien je drei Beisitzer. Die christlichen Gewerkschaften gewinnen eine Beisitzersitze. Die Wahlbeteiligung, die bei der vorigen Wahl kaum ein Zehntel der Wahlberechtigten betrug, belief sich bei der jetzigen auf ein Viertel. Hier muß von seiten der christlichen Gewerkschaften noch sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, steht doch die große Masse der Arbeiter den Gewerbegerichten vollständig interessenlos gegenüber.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Sterblichkeit in Preußen im Jahre 1910. Im Jahre 1910 war wiederum ein erfreulicher Rückgang der Sterblichkeit in Preußen zu verzeichnen. Für die Bevölkerung überhaupt betrug die Sterbeziffer, ohne Berücksichtigung der Toageborenen auf 1000 Lebende berechnet, nach der „Stat. Anz.“ 16,1 (im Jahre 1909 17,1) für ihren männlichen Teil 16,9 (18,1), für ihren weiblichen Teil 15,4 (16,2). Es starben im Jahre 1910 (1909) in Preußen 329 951 (348 141) männliche und 308 031 (319 641) weibliche, zusammen mithin 637 982 (667 782) Personen. Außerdem wurden den Landesbeamten 20 771 (21 215) Totgeborene männlichen und 16 395 (16 775) weiblichen Geschlechts gemeldet.

Ein Vergleich mit früheren Jahren zeigt, daß die Sterbeziffer im Jahre 1875 26,3 betrug und die ungünstigste in der Zeit von 1875—1910 war. Im Berichtsjahr erscheint sie mit 16,1, wie auch in den 4 Vorjahren mit 17,1 bezw. 18,0, am günstigsten; dann folgen die Jahre 1902, 1904, 1905 und 1903 mit den Sterbeziffern 19,3, 19,5, 19,8 und 19,9. Von 1875 bis 1910 stellt sich der Rückgang der Sterbeziffer überhaupt nach den Geschlechtern folgendermaßen: 28,1 im Jahre 1875, 16,9 im Jahre 1910 bei der männlichen Bevölkerung, 24,6 im Jahre 1875, 15,4 im Jahre 1910 bei der weiblichen Bevölkerung.

In den einzelnen Regierungsbezirken zeigt die Sterbeziffer des Jahres 1910 verschiedene Abweichungen. Der Landespolizeibezirk Berlin hatte mit einer Ziffer von 13,3 auf 1000 Einwohner die günstigste Stelle. Dann folgen die Regierungsbezirke Aachen mit 13,5, Hannover mit 13,6, Schleswig und Minden mit 13,7, Wiesbaden und Düsseldorf mit 13,8, (Stadtkreis Berlin mit 14,2), Simeburg, Stade und Arnberg mit 14,3, Cassel mit 14,6, Osnabrück mit 14,7, Trier mit 14,8, Hildesheim mit 15,1, Erfurt mit 15,3, Koblenz mit 15,7, Köln mit 16,0, Rostock und der Staat mit 16,1. Ueber dem Staatsdurchschnitt stehen die Regierungsbezirke Aachen mit 16,2, Merseburg mit 16,6, Potsdam mit 16,7, Magdeburg mit 16,8, Münster mit 17,0, Frankfurt mit 17,4, Steier mit 17,5, Posen mit 17,7, Allenstein mit 17,9, Provinzialverband mit 18,4, Gumbinnen und Bromberg mit 18,7, Königsberg mit 18,8, Danzig mit 19,1, Sigmaringen und Nequitz mit 19,3, Stralsund mit 19,6, Oppers mit 19,7, Breslau mit 19,8. In 19 Regierungsbezirken ist also die Sterblichkeit höher als im Staat.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baunfälle sind so schnell wie möglich einzujenden.)

Essen (Mubr). Am Neubau des Elektrizitätswerkes fand der Koll. Schippsti durch einen Unfall den Tod. Der Kollege stieg eine 8—10 Meter lange, aus zwei kleineren zusammengebundene Leiter hinunter, tat an der fraglichen Stelle einen Fehltritt und stürzte hinunter in den Hofraum, wo er tot liegen blieb. — Mögen die Kollegen aus diesem traurigen Vorfall die rechte Lehre ziehen. Bei einer größeren Höhe sollte man das Zusammenbinden zweier Leitern ganz vermeiden. Sollte es aber einmal nicht zu vermeiden sein, so muß äußerste Vorsicht gebraucht werden. — Der Koll. Schippsti war am 27. Februar 1890 zu Marienburg geboren. Unserem Verbands gehörte er seit dem 3. März 1908 als Mitglied an. — 9. März. 15 Arbeiter verschüttet. Beim Einsturz einer Betonmauer auf den Thijssenschen Stahlwerken wurden 15 Arbeiter verschüttet. Einer von ihnen wurde getötet, mehrere lebensgefährlich verletzt. — Von anderer Seite wird zu dem Unglück gemeldet: Eine Schreckenskunde ereignete sich in unserem Ort, der durch die zahlreichen Unglücksfälle bei dem Neubau des Stahlwerks Thijssen schon eine so traurige Berühmtheit erlangt hat. Durch den Einsturz einer neu errichteten Betonmauer kamen fünfzehn Arbeiter ins Verderben. Einer war sofort eine Leiche und mehrere andere erlitten so schreckliche innere und äußere Verletzungen, daß sie wohl nicht mehr mit dem Leben davorkommen. Die Unglücklichen wurden alsbald ins Spital nach Metz übergeführt, wo soeben noch ein zweiter Verstorben sein soll. Es handelt sich meistens um kroatische Arbeiter. Die Bevölkerung ist in lebhafter Erregung angesichts der in erschreckendem Maße steigenden Zahl der Opfer, die dieses Riesenstahlwerk Thijssen schon seit Monaten gefordert hat und noch immer weiter fordert.

Auf den Neubauten dieses Werks häufen sich die Unfälle in letzter Zeit in geradezu majestätischer Weise. In puncto Arbeiterschutz muß es dort schauerhaft aussehen. Wir bitten unsere Kollegen dringend, dafür zu sorgen, daß sie ihre heißen Knochen behalten. Man mache die Bauleitung auf vorhandene Mängel aufmerksam. Hilft dieses nicht, so werde man sich an unsere Verbandsleitung in Saarbrücken, dann wird schon das Nötige getan werden, um Leib und Leben der Arbeiter auf dem Thijssenschen Stahlwerk besser zu schützen.

Bekanntmachungen.

Bezirk Breslau.

Um die Agitation jetzt in den Frühjahrsmonaten wieder neu zu beleben, sollen nachstehende Versammlungen in unserem Bezirk stattfinden. Es soll diesen Versammlungen eine Hausagitation vorausgehen und mögen die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute sofort in einer Sitzung die notwendigen Schritte hierzu einleiten, damit auch in allen Orten die Hausagitation gründlich vorgenommen wird. Flugblätter zu diesem Zweck können von der Zentrale bezogen werden. Ganz besonders Sorge man aber, daß die nachstehenden Versammlungen gut besucht werden.

- Versammlungen finden statt:
- Sonntag, den 23. März, Kleinwiesla 6 Uhr im Gasthof.
 - „ „ 23. „ Patzschau 8 Uhr Weißes Roß.
 - Sonntag, den 24. März, Kottbusch 3 Uhr bei Plewina.
 - „ „ 24. „ Ruhbau 6 1/2 Uhr bei Stanoffel.
 - „ „ 24. „ Neieritz 11 Uhr Goldene Krone.
 - „ „ 24. „ Glas 3 1/2 Uhr Kaiserkrone.
 - „ „ 24. „ Steinau 11 Uhr Weißes Roß.
 - „ „ 24. „ Woblan 4 Uhr Schützenhaus.
 - „ „ 24. „ Frankenstein 11 Uhr Zum grünen Kranz.
 - „ „ 24. „ Münsterberg 4 1/2 Uhr Schützenhaus.
 - „ „ 24. „ Schirgitzwalde 4 Uhr Weintraube.
 - Montag, den 25. März, Frankfurt 11 Uhr Goldenes Kreuz.
 - „ „ 25. „ Geisch 3 1/2 Uhr bei Kreuz.
 - „ „ 25. „ Landeb 11 Uhr Goldenes Kreuz.
 - „ „ 25. „ Habelschwerdt 3 1/2 Uhr Zum Schwert.
 - „ „ 25. „ Dittmachau 11 Uhr Schwarzer Adler.
 - „ „ 25. „ Rodland 3 Uhr bei Prezwolka.
 - „ „ 25. „ Krakau 6 1/2 Uhr bei Gnaay.
 - Dienstag, den 26. März, Ramslau nach Feierabend bei Hüderi.
 - „ „ 26. „ Ludwigsdorf nach Feierabend im Verbandslokale.
 - „ „ 26. „ Landesbut nach Feierabend Schützenhaus.
 - Mittwoch, den 27. März, Kempen nach Feierabend Zentral-Hotel.
 - „ „ 27. „ Dels nach Feierabend Altes Schützenhaus.
 - „ „ 27. „ Altmüller 8 Uhr Germania.
 - Donnerstag, den 28. März, Schildberg nach Feierabend Seidels Hotel.
 - Sonntag, den 30. März, Bernstadt 7 Uhr bei Neumann.
 - „ „ 30. „ Gohle-Landsberg 7 Uhr b. Regent.
 - Sonntag, den 31. März, Konstadt 11 Uhr bei Schottky.
 - „ „ 31. „ Zauwig 2 1/2 Uhr bei Ziege.
 - „ „ 31. „ Wierschy 6 Uhr bei Wollng.
 - „ „ 31. „ Drebnitz 11 Uhr Heimat zur Gerberge.
 - „ „ 31. „ Schawoime 3 Uhr bei Stephan.
 - „ „ 31. „ Schönau 3 Uhr Zur Forelle.
 - „ „ 31. „ Warkha 11 Uhr Hotel zum Stern.
 - „ „ 31. „ Seitendorf 3 Uhr Kreisbaum.

Sonntag, den 31. März, Rath, Hemmersdorf 11 Uhr im Gasthof.
 " " 31. " Königsbain 7 Uhr Bergschänke.
 " " 31. " Schreiberdorf 3 1/2 Uhr im Gasthof.
 Dienstag, den 2. April, Sagan 7 Uhr bei Fischer.
 Mittwoch, den 3. April, Glogau nach 8 Feierabend Katho-
 lisches Vereinshaus
 " " 3. " Breslau 8 Uhr bei Eger.
 (Ostermontag), 8. April, Wartenberg 10 Uhr bei Anders.
 " " 8. " Remben 1 Uhr Zentralhotel.
 " " 8. " Schönberg 10 1/2 Uhr Schwarzes
 Hof.
 " " 8. " Görtelsdorf 3 Uhr bei Klemmer.
 " " 8. " Grünau 6 1/2 Uhr Deutsches Reich
 " " 8. " Jauer 11 Uhr Goldenes Repter.
 " " 8. " Schlanp 3 1/2 Uhr im Kreisdam.
 " " 8. " Golschütz 11 1/2 Uhr bei Gubra.
 " " 8. " Conradau 3 1/2 Uhr bei Gräfte
 in Dobrsch.
 Dienstag, den 9. April, Dpatow 11 Uhr bei Segla.
 " " 9. " Grabow 3 1/2 Uhr im Verbands-
 lokal.
 Mittwoch, den 10. April, Gottesberg nach Feierabend Zum
 weißen Lamm.
 " " 10. " Brieg nach Feierabend Winter-
 garten.
 Sonnabend, den 13. April, Nitris 7 1/2 Uhr Weißes Hof.
 Sonntag, den 14. April, Reichwitz 1/11 Uhr Webers
 Gasthof.
 " " 14. " Radibor 3 1/2 Uhr Gasthof Zum
 Engel.
 " " 14. " Koppitz 11 Uhr Koppitzer Brücke.
 " " 14. " Falkenberg 3 1/2 Uhr bei Böhm.
 " " 14. " Groß-Döbern mittags 2 1/2 Uhr
 bei Gabriel.
 Montag, den 15. April, Baugen nach Feierabend Albertshof.
 Dienstag, den 16. April, Görlich 8 Uhr Feisenkeller.
 Mittwoch, den 17. April, Liegnitz 8 Uhr Genossenschafts-
 brauerei.
 Donnerstag, den 18. April, Schweidnitz 8 Uhr bei Brofig,
 Rosenstraße.

Nachstehende Kollegen werden gebeten, Ihre Adresse zwecks
 Zusendung ihrer Mitgliedsbücher der Verwaltungsstelle Essen
 sofort zu melden:
 Wolf, Christian, Maurer, geb. 24. 9. 1892, Mengerskirchen,
 Strieder, Ferd., " 11. 11. 1891, Mengerskirchen,
 Schid, Meran, " 20. 1. 1895, Erfurtshausen,
 Wiegand, Otto, " 4. 11. 1889, Oberushausen,
 Dgda, Franz, " 21. 9. 1888, Tschachen,
 Weißmüller, Joh., " 10. 3. 1836, Oberod,
 Hömann, Johann, " 27. 1. 1884, Rasdorf,
 Schmitt Karl Josef, " 8. 7. 1891, Romberg,
 Wiegand, Konrad, " 1. 1. 1883, Oberushausen,
 Schaub, Theodor, " 26. 4. 1883, Allendorf,
 Hömann, Karl, " 21. 6. 1892, Wustlar,
 Schäfer, Heinrich, " 31. 7. 1882, Waldbornbach,
 Schneider, Johann, " 16. 3. 1882, Rüdighelm,
 Wieber, Karl Julius, " 25. 10. 1892, Romberg,
 Schreiber, Joh., Hilfsarb., " 8. 5. 1858, Osterwid,
 Göbel, Johannes, Maurer, " 29. 11. 1869, Leibolz,
 Neuroth, Hermann, " 6. 12. 1884, Niederelbert,
 Klobach, Andreas, " 14. 8. 1894, Buchenau,
 Sober, Gustav, " 4. 8. 1884, Seedorf,
 Jost, August, " 6. 1. 1888, Oberushausen,
 Mayer, Franz, " 24. 2. 1887, Romberg,
 Jost, Martin, " 11. 8. 1883, Giesel,
 Schneider, Damian, " 25. 1. 1887, Zell.

J. A.: Josef Bach, Frohnhauser Straße 19.

Achtung! Vergissches Land.

Ausschneiden und aufbewahren!

Vom 1. April ab befindet sich das Bureau in Elber-
 feld wieder in der Wilhelmstr. 33 b. Die Sprechstunden
 sind: Montags von 8 1/2—10 Uhr morgens, Mittwochs
 von 6—8 Uhr abends, Freitags von 8 1/2—10 Uhr mor-
 gens und von 6—8 Uhr abends, sofern nicht durch
 andere bringende Angelegenheiten obige Stunden aus-
 fallen. Die Kollegen werden gebeten, die festgesetzten
 Stunden nach Möglichkeit einzuhalten, da es sonst nicht
 ausgeführt ist, vergebens zu kommen.

Der Vorstand.

J. A.: Josef Preus.

Wer den Aufenthaltsort des Maurers Ludwig Gut-
 hoff, geboren am 16. März 1888 zu Erlent, Kreis Görter,
 kennt, wird gebeten, die genaue Adresse an Karl Jung,
 Stecklinghausen, Martinstr. 28, zu senden. Guthoff
 hat sich zuletzt in Bielefeld aufgehalten.

Zahlstelle Eberfeld (Maurer- und Bauhilfsarbeiter).
 Laut Versammlungsbefehl haben sich die Kollegen,
 welche arbeitslos werden, sofort beim Kollegen Daniel
 Pandau, Pfeilstraße Nr. 3, entweder schriftlich oder
 mündlich zu melden.
 Der Vorstand.

Sterbetafel.

Am 17. Februar ist unser Kollege **Benno
 Hartauer** im Alter von 49 Jahren an Lungen-
 entzündung gestorben. Zahlstelle **Bilsbiburg.**

Am 4. März starb unser Kollege **Georg Pätz** im
 Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.
 Zahlstelle **Hannover, Maurer.**

Am 13. März verschied nach 19 wöchigem Kranken-
 lager unser Kollege **Wolff Rehm** im Alter von 47
 Jahren. Zahlstelle **Ahstetten.**

Am 14. März 1912 verschied nach längerem Leiden
 (Halbschwindsucht) unser treuer Kollege und Mitbe-
 gründer der Zahlstelle Cleve, **Heinz Reintjes**, geb.
 am 8. Mai 1877. Wir werden ihm ein treues An-
 denken bewahren. Zahlstelle **Cleve.**

Ehre ihrem Andenken!

Referenten in den Verhandlungen sind die Kollegen
 Pfeiffer, Krupia, Gottschall, Wolf, Scheffel und Krenmer.
 Tagesordnung: Christlich-nationale Arbeiterbewegung,
 die legt an Reichstagswahlen und unsere
 zukünftigen Aufgaben.
 Der Bezirksvorstand.
 J. A. Ed. Pfeiffer, Bezirksleiter.

vor der vorzüglichen Wirkung
 der allein echten

Hut ab

Steckenpferd-Teerschwefel-Salbe
 von Bergmann & Co., Radebeul.

Sie ist unbedingt eine der besten
 Seifen gegen Hautunreinigkeiten,
 Hautausschläge, wie Mitesser,
 Finnen, Blüthen, Gaurdite usw.
 à Stück 60 Pf. Ferner macht der
 Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream)
 rote und spröde Haut in einer Nacht
 weiß und sammetweich. Tube 50 Pf.
 überall zu haben.

Wichtige Mitteilung Lungenleidenden für jeden

Alle, die an Keuchen, Sangeschwierigkeit, veralteten Husten, Reizreißung, lange bestehender Heiserkeit, chronischen Bronchial- und Kehlkopfarrhythmie leiden, nehmen sofort
 mein bewährtes Mittel. Dasselbe ist ein reines Naturprodukt aus Gal. Ladan. aus der Pflanzenfamilie der Stachydoidee und durch Kaiserl. Verordnung dem freien Verkehr über-
 lassen. — Preise: 1 Packung (entsprechend für ca. 4 Wochen) 5,50 M., 1 Doppelpackung 9,50 M., 1 Probe-Packung 1,75 M. Porto- und Zusendung (Verpackung frei) durch
 Th. Hille, Pharm. Präparate, Berlin SW 11, Desauer Straße 10, Abteilung 282.

Das von Ihnen genannte Heilmittel hat bei meinem Sohne sehr gute
 Dienste getan (Kehlkopf-Tuberkulose). Ich habe Ihr Mittel auch an andere
 hier und in Leipzig empfohlen. Schade, daß wir es nicht schon eher hatten.
 Bitte schicken Sie mir unter Postumschluß 2 Pakete Ihres Heilmittels für
 4,50 M. portofrei. Hochachtungsvoll
 E. Bauer, Förster in Blodda, Post Schölk. Bez. Halle a. d. Saale.

Sieles Land bin ich Ihnen schuldig für das mir überlieferte Heilmittel
 und bitte um Vergeltung, wenn ich nicht früher schrieb. Ich bin sehr zu-
 frieden gewesen, es hat mir gut getan. Ich gebe Ihrem Mittel den Vorzug
 vor den vielen, die ich bei meinem monatelangen Keuchen mit feststehendem
 unheilbaren Schleime auszuatmen hatte. Ich bin glücklich wieder befreit von dem
 verhängnisvollen Keuchen. Hochachtungsvoll für Ihr vorzügliches Mittel
 Hochachtungsvoll
 Frau Anna Heiser, Breslau, Dömer Straße 22.

Ihr Sohn
 Ich habe meine beiden Söhne, die beide bei mir bei meinem
 Keuchen sehr gute Dienste getan. Bitte Ihre werthe Adresse gern anderen
 Bekannten empfehlen. Hochachtungsvoll
 Hochachtungsvoll A. Lande, Riegnitz.

Hierdurch teile ich Ihnen höflich mit, daß ich mit Ihrem Heilmittel
 sehr zufrieden bin; ich fühle mich wieder sehr wohl, der Husten ist ganz weg,
 der Appetit nur noch ganz wenig und der Appetit sehr groß. Ich werde
 Sie in meinen Bekanntenkreisen weiter empfehlen.
 Hochachtungsvoll A. Stumppner, Uhrmacher, Dresden III.

Bessere Dankschreiben liegen in großer Anzahl vor.

Lassen sich chronische Beinleiden auf briefl. Wege, also ohne persönliche Untersuchung erfolgreich behandeln?

Diese Frage haben viele Tausende, welche auf diesem Wege völlige und dauernde Heilung ihrer chronischen Beinleiden erzielten, mit einem freundlichen Ja beantwortet.

Obwohl die Behandlung auf brieflichem Wege der ärztlichen Gepflogenheit laus nicht entspricht, so haben doch langjährige Erfahrungen und vor allem tausend-
 fältige Erfolge den Beweis erbracht, daß die Forderung der ausschließlich persönlichen
 Behandlung auf dem Gebiete der Beinleiden bei sehr vielen Krankheitsfällen
 nicht unbedingt erfüllt zu sein braucht, was eine vollständige Heilung herbeizuführen.

Jedem Haut- und Beinleiden wird bereitwilligst Aus-
 kunft erteilt, ob gerade kein Leiden durch Selbstbehandlung nach den
 spezialärztlichen Vorschriften Dr. Strahl's erfolgreich zu bekämpfen ist.
 Diese erste Auskunft ist kostenlos und erfolgt nur nach gemüthlichster,
 spezialärztlicher Prüfung des Falles. Die auffallende Tatsache, daß
 Beinleiden, die 20 Jahre und länger ohne anderen Behand-
 lungsmittel trugen, von Dr. Strahl's Institut auf brieflichem
 Wege mit bestem Erfolg behandelt wurden, herrscht eben in der
 Anwendung eines persönlichen Systems durch einen Fach-
 mann, der auf keinem bestimmten Arbeitsgebiet in viel-
 jähriger Erfahrung eine große Sicherheit erlangt hat. Hierbei
 mag noch besonders bemerkt werden, daß diese Selbstbehandlung in den
 allerersten Fällen ohne Unterbrechung der täglichen Beschäftigung stattfinden kann
 und die nur nach zeitweiligen Sperrstunden bedeutend billiger ist, als viele andere
 gewöhnliche Behandlungsmethoden. Man schreibe an

Dr. Ernst Strahl G. m. b. H., Hamburg 21. J.
 Institut für Beinleiden, Besenbinderhof 23.

Dieser Mann



ist sein eigener Arzt!
 Er wendet die Elektrizität, deren
 treffliche Heilwirkung be-
 kannt ist, zu Hause ohne Be-
 ratung an. Unser

Gratis-Buch
 Die Elektrizität als Naturkraft
 ist ein Buch, das Sie sofort
 anfertigen können. Es enthält
 alle nötigen Anweisungen für
 den besten Erfolg gegen Ner-
 venleiden, Schwächezustände,
 Rheumatismus, Gicht, Schieles,
 ferner geg. auf nervöser Basis
 beruhende Rückenschmerzen,
 Lähmungen, Magen- und Ver-
 dauungsbeschwerden soge-
 wohnt wird. Viele Dank-
 schreiben. Versuchen Sie
 kostenlos. Zusend. 4 Buch von
Hilber & Co. in H.
 Markt 10, am Markt, Leipzig,
 Frankfurt a. M., 20.

Ein vollständiger Liebesbriefsteller,
 mit stehenden, aber dezenten Liebesbriefen, ist ein treuer Führer
 in allen Herzensangelegenheiten. Ein geschickt abgefaßter Liebes-
 brief bringt die Herzen näher, als alles andere, darum schreibt
 schöne Liebesbriefe nur nach unserem Liebesbriefsteller. Mit
 einem Anhang über Verlobungsanzeigen, Eheverträge, Hochzeits-
 einladungen usw., ca. 200 Seiten stark. Preis M. 1,50. Nur zu
 beziehen von der Texas-Ursand Buchhandlung, Dresden-N. 6340.

Können Sie tanzen?
 Wollen Sie ohne Lehrer in wenigen Stunden sämtliche modernen
 Rund- und Gruppentänze lernen, daß Sie sich auf jedem Ver-
 gnügen zwanglos bewegen können, so beziehen Sie das „Tanz-
 lehrbuch zum Selbstunterricht“ von Balletmeister
 C. Henry. Preis M. 1,60. Erfolg garantiert.
 W. A. Schwarze's Verlag, Dresden N. 6340.

Allgemeiner Briefsteller
 oder praktische Anleitung, wie
 man Briefe nach den Regeln des
 guten Stils schreiben soll. Eine
 Sammlung von zahlreichen Freund-
 schaft-, Familien-, Glück-
 wunsch-, Einladungs-, Danksa-
 gungs-, Trost-, Empfehlungsschrei-
 ben, Bittschriften, Verweisen, Mahn-
 briefen, Liebesbriefen und Heirats-
 anzeigen, kaufmännischen Brie-
 fen, Formularen zu Anzeigen, Quiti-
 rungen, Wechseln, Aufweisungen,
 Eingaben, Klagen, Kontrakten, Voll-
 machten, nebst deutscher Sprach-
 lehrer und einem Fremdwörter-
 buch.
 376 Seiten. Preis 1 M. 70 Pf. franko.
 — Großer Katalog gratis. —
 Flecker's Verlag, Leipzig 925.

Achtung! Billiges Fleisch
 10 Pfd.-Postpaket 6,50 M.
 franko Nachnahme, enthält
 Rind- und Schweinefleisch
 ohne Knochen.
R. Grübel sen.,
 Cabarz b. Waltershausen 18.

Tintenpulver bester
 Qualität
 in allen Farben
 liefert Dr. Pitschke, Bonn.
 Man verlange Gutschein und
 Prospekte gratis und franko.

Tilsiter Käse
 netto 9 Pfd. Mk. 3,50.
 H. Meyers,
 Kathol. b. Königsberg i. Ostpr.

Bestellen Sie ...
 Korrespondenzen stets auf die Bangerwerkschaft ...
 Druck: ...